

Bezugspreis:
Für den Monat Januar 1923 30 M.
woraus schluß. Unter Kreuzband
für Deutschland, Dänzig, Saar- und
Euregiogebiet sowie Österreich und
Breslau 300 M., für das übrige
Europa 300 M., für die übrigen
Länder 300 M. Postgebühren
nehmen an Belgien, Dänemark,
England, Estland, Finnland, Frank-
reich, Dänisch, Preußen, Luxemburg,
Österreich, Schweden, Schweiz,
Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Rost und Rost“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimweil“ und der
Beilage „Siedlung und Abergang“
erscheint wöchentlich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.
Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 19. Januar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vertriebskontor: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Distrikts-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:
Die einseitige Anzeigenzeile
kostet 400 M. Restzahlung 2000 M.
„Kleine Anzeigen“ das fertige
Wort 150 M. (zuzüglich zwei fertige
gedruckte Worte). Jedes weitere Wort
90 M. Stellungsfläche das erste Wort
100 M., jedes weitere Wort 70 M.
Worte über 15 Buchstaben zahlen
für zwei Worte. Familien-Anzeigen
für Abonnenten Seite 100 M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen die 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptpostamt, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Internationale Arbeiteraktion in Vorbereitung.

Amsterdam, 18. Januar. (WTB.) Der Internatio-
nale Gewerkschaftsbund erläßt folgende Mitteilung:
Gestern hielt das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes
in Amsterdam eine weitere Sitzung zur Besprechung der durch die
Besetzung des Ruhrgebietes geschaffenen Lage ab. Bureaumitglieder
der an der Besetzung tatsächlich in Frage kommenden und in Mit-
leidenschaft gezogenen Länder berichteten über die in ihren Ländern
abgehaltenen Beratungen der Gewerkschaftszentralen. Das Bureau
nahm ferner die Ansicht der Internationalen Berufssekretariate der
Transportarbeiter, Bergleute und Metallarbeiter über die Möglichkeit zur Kenntnis, durch eine wirksame
Aktion der Arbeiter gegen die militärischen Gewaltmaß-
regeln Einpruch einzulegen. Es wurde einstimmig beschlossen, so-
fort mit allen angeschlossenen Landeszentralen in Verbindung zu
treten, um die Möglichkeit eines entschiedenen Aufstehens
in Erwägung zu ziehen und für die zu unternehmende Aktion bereits
vorbereitende Maßnahmen zu treffen, daß sich die Ar-
beiter aller Länder bereitstellen sollten, um jedem Aufruf
des Internationalen Gewerkschaftsbundes und seiner angeschlossenen
Organisationsfolge zu folgen, um die Beschlüsse der Kongresse von
Rom und dem Haag, wenn nötig in die Tat umzusetzen. Gleich-
zeitig warnt das Bureau die Arbeiter vor jedem von anderer
Seite kommenden Versuch, sich in unüberlegte und unüberlegte
Aktionen zu stürzen, insbesondere fordert es die deutschen Ar-
beiter dringend auf, sich nicht zu nationalistischen und chauvinistischen
Agitationen mißbrauchen zu lassen.

Ruhrkohlen Sperre gegen Deutschland?

Essen, 18. Januar. (WTB.) Von gestern abend bis heute
sind bisher 14 Schiffe, die Ruhrkohle für Süddeutsch-
land geladen hatten, auf der Reede von Dulsburg von den Fran-
zosen für beschlagnahmt erklärt worden und haben die Weisung, bis
Mannheim zu gehen, wo sie weitere Weisung bekommen werden.
Auf dem Rhein-Herne-Kanal ist der gesamte Schiffsverkehr über
die Schleuse 1 (Ruhrort-Hafen) und über die Schleuse 7 hinaus, die
zwischen Herne und Reddinghausen liegt, verhindert worden,
nur der Pendelverkehr zwischen Schleuse 1 (Ruhrort-Hafen)
und Schleuse 7 ist gestattet worden. Das bedeutet praktisch die
Verhinderung aller Kohlentransporte zu Wasser
aus dem neu besetzten in das unbesetzte Gebiet.
Nach der bereits angekündigte Eingriff in das Eisen-
bahnwesen ist erfolgt. Auf verschiedenen Stationen sind
nach dem unbesetzten Deutschland rollende Kohlenzüge und Kohlen-
wagen angehalten worden. Bisher (8 Uhr abends) liegen
Meldungen über solche Beschlagnahmen vor aus Langendreer und
Herne, wo mit militärischem Zwang mit Kohle für Mitteldeutschland
beladene Züge festgehalten wurden und Befehl erhielten, west-
wärts zu fahren. Ein weiterer Versuch, einen Kohlenzug in
Märten anzuhalten, ist mißlungen, doch erwartet man, daß
die Beschlagnahme rasch einen großen Umfang annehmen wird.

Zoll- und Holzeinnahmen beschlagnahmt.

Spener, 18. Januar. (WTB.) Auf Befehl der Internationalen
Rheinlandkommission vom 18. Januar sind von jetzt ab beschlagnahmt:
1. Die Akten und die aus den Zolleinnahmen her-
rührenden Bestände sowie die künftigen Einnahmen; 2. die Akten
und die aus den Staats- und Gemeindeförsten herrührenden
Einnahmebestände, die künftigen Einnahmen sowie das Holz
auf den Einschlag- und auf den Lagerplätzen; 3. die aus der
Kohlensteuer herrührenden Einnahmebestände. Ueber Zu-
widerhandlungen entscheiden die Militärgerichte. Kein Be-
amter oder Angestellter der beteiligten Dienststellen darf ohne Ge-
nehmigung der Delegierten der Rheinlandkommission seinen Dienst
oder Dienstbereich verlassen.

Lieferungsverbot und Lieferungs Zwang.

WTB. meldet: Der französische Oberkommissar in der Rhein-
provinz hat von dem Ausfuhramt in Ems unter Androhung von
Strafe verlangt, daß dieses den Landesfinanzämtern in Köln, Düssel-
dorf, Kassel, Würzburg und Darmstadt mitteilt, daß Reparations-
lieferungen von Kohle und Holz eines Ausfuhrschiffes der Ems
Ausfuhrstelle nicht bedürfen. Das Ems'er Ausfuhramt hat daraufhin
den betreffenden Landesfinanzämtern in Erinnerung gerufen,
daß das Ausfuhramt in Ems für die Einteilung von Aus- und Ein-
fuhrbewilligung für Kohle und Holz nicht zuständig ist. Das
Verlangen des französischen Oberkommissars stellt natürlich den Ver-
such dar, Kohle und Holz für Frankreich und Belgien nach wie vor
unvermindert durch die deutschen Zollstellen durchzubringen. Die
deutsche Regierung mag die betreffenden Finanzämter und künftige
in Frage kommenden Zollstellen darauf aufmerksam machen, daß Re-
parationslieferungen an Kohle, Holz und Brekett an Frankreich
und Belgien verboten sind und daß Sendungen von Kohle, Holz
und Brekett — ausgenommen die Reparationslieferungen an
Italien — die Grenze nur mit Ausfuhrschein der
Ausfuhrstelle des Reichskommissars für die Kohlenverteilung
passieren dürfen.
Den Beamten und Arbeitern der Reichsbahn ist den Be-
stimmungen des Reichskommissars entsprechend unterzogen
worden, Kohlen für Frankreich und Belgien zu befördern oder bei

der Umleitung deutscher Kohlenzüge nach diesen Ländern mitzu-
wirken.

Essen, 18. Januar. (WTB.) Der Oberbürgermeister von
Mülheim erhielt heute abend von der französischen Besatzungs-
behörde in Bredeley den Auftrag, verschiedene Groß-
industrielle, darunter Fritz Thyssen, aufzufordern, heute
abend 9 Uhr im Hauptquartier in Bredeley zu erscheinen, eventuell
sollten die Herren durch Zwangsmassnahmen zum Erscheinen
gezwungen werden. Letzteres Ansinnen hat der Oberbürgermeister
abgelehnt, jedoch zugesagt, daß er die Herren benachrichtigen
wolle. Herr Fritz Thyssen, der kurz vor 9 Uhr die Aufforderung
erhielt, lehnte es ab, ihr Folge zu leisten.

Essen, 18. Januar. (WTB.) Sämtliche fünf
Herren, und zwar die Herren Generaldirektor Kersten, Bergassessor
Olse, Direktor Spindler, Generaldirektor Tengemann und General-
direktor Wilsenbörger haben sich freiwillig bei der Division ein-
gefunden, wo sie als Geiseln eines gegen sie beabsichtigten
Kriegsgerichtlichen Verfahrens zu Protokoll eines Ge-
richtsoffiziers über ihre Weigerung, Reparationskohle zu liefern,
vernommen wurden. Sämtliche Herren hielten ihre Weigerung
unter Berufung auf das ihnen vom Reichskommissar erteilte Verbot
aufrecht. Den Herren wurde zum Schluß eröffnet, daß von
ihrer Verhaftung vorläufig Abstand genommen werde, daß sie sich
aber jederzeit zur Verfügung des Kriegsgerichts zu halten hätten.

Die ersten Verhaftungen.

Düsseldorf, 18. Januar. (WTB.) Der Präsident des
Landesfinanzamtes Düsseldorf, Dr. Schultius, wurde heute von
der französischen Besatzungsbehörde verhaftet, nachdem er ver-
geblich angefordert worden war, die finanziellen Unterlagen der
Oberfinanzkasse dem Finanzinspektor der französischen Be-
satzungsbehörde vorzulegen. Er wurde unter Bewachung im Auto
fortgeführt; wohin er gebracht wurde, ist unbekannt.

Essen, 18. Januar. (WTB.) Heute nachmittags wurde in
Mittelnessen ein Schutzpolizeibeamter von der Besatzungsbehörde
verhaftet, weil er einen französischen Offizier nicht gegrüßt
hatte. Bis zum späten Abend war der Beamte noch nicht wieder
in Freiheit gesetzt worden.

Siegreiche Abwehr des Feindes.

Bingen, 18. Januar. (Frk. Ztg.) Der französische Kreis-
delegierte hat angeordnet, daß sämtliche von auswärts kommende
Zeltungen, bevor sie an die Abonnenten ausgegeben oder verkauft
werden, zur Zensur vorzuliegen sind.

Schweden sucht eine Lösung.

Stockholm, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) An den
Ministerpräsidenten Genossen Branting, der seit dem 1. Januar
Mitglied des Völkerrates ist, und sich in den nächsten Tagen
über Berlin nach Genf begibt, hat der Londoner „Daily Herald“
die telegraphische Anfrage gerichtet, ob er im Völkerrat die
Reparationsfrage aufrollen werde. Die Antwort des schwedischen
Außenministeriums sagt, daß die Regierung darüber noch nicht
Beschluss gefaßt habe, aber zurzeit darüber berate, wie man am
besten zu einer verständlichen Lösung kommen könnte.
Zu einigen nicht zureichenden Meldungen des „Daily Telegraph“
schreibt „Socialdemokraten“, daß Schweden selbstverständ-
lich auch die Stimmung in London ersucht habe, sowohl in Rege-
rungskreisen, wie bei hervorragenden Persönlichkeiten des Völ-
kerbundes.

Paris, 18. Januar. (WTB.) Havas verbreitet folgende
Nachricht aus London: Man glaubt in den Kreisen des Völ-
kerbundes zu wissen, eine neutrale europäische Macht habe die
Absicht, bei der nächsten Zusammenkunft in Genf die Aufmerksamkeit
des Völkerrates auf die Gefahren zu lenken, die aus
der augenblicklichen Lage im Ruhrgebiet entstehen könnten. Ein
anderer europäischer Staat werde einen Vorschlag unterbreiten,
daß diese Lage zum Gegenstand einer Prüfung in der Zusammen-
kunft gemacht werde, die der folgen solle, die für Ende dieses
Monats anberaumt ist.

Stockholm, 17. Januar. (WTB.) Der Führer der Konser-
vativen im Reichstage, Admiral Lindman, schloß seine die Stots-
behalte enthaltende Rede mit einem Hinweis auf die jetzt in Europa
eingetretenen bedauerlichen Verhältnisse, die auch in Schweden die
höchste Besorgnis hinsichtlich ihrer Rückwirkung auf das
Wirtschaftsleben hervorzurufen müßten. Eine Rettung sei kaum an-
ders als durch ein Eingreifen Amerikas zu erwarten. Nach-
dem Amerika den Krieg entschieden habe, dürfte man hoffen, daß es
nun auch seine Mitverantwortung für das Zustandekommen eines
wirklichen und gerechten Friedens anerkenne.

Das konservative „Allshanda“ sieht hierin die Andeutung, daß
die Reichstagsopposition kein Vertrauen zum Eingreifen des
Völkerrates auf Brantings Initiative habe, und glaubt, daß
die Reichstagsmehrheit Lindmans Meinung sei. Die Frage werde
immer dringender, ob nicht Schweden im eigenen wie im Interesse
der Welt der amerikanischen Regierung seine, eines aufrichtig neu-
tralen Staates, Hoffnungen, wie im schwedischen Reichstag ange-
deutet, ausdrücken könne.

Maul halten, Jude!

Die Sitzung der französischen Kammer am 11. Januar
war so interessant, daß es sich verlohnt, auf sie zurückzukommen.
Zwar wurde, was Herr Poincaré über die Ruhr-
besetzung sagte, um die ganze Erde gefächelt, aber weniger
Interesse fand die Rede des Sprechers der sozialistischen Partei,
des Genossen Léon Blum, und was sich bei ihr abspielte.
Wir folgen dem Bericht der „Freien Presse“, des deutsch
geschriebenen Straßburger Parteiblatts. Er läßt erkennen,
daß sich die Herrschaften des Nationalen Blocks an jenem ver-
hängnisvollen Abend in der ausgelassensten Stimmung be-
fanden. Das sozialistische Blatt entwirft davon folgendes Bild:

Eine Kammer? Das? Ein Parlament? Die paar hundert ele-
ganten, von Ueberpatriotismus und guten Weinen weih-
schäumenden älteren und jüngeren Herren, die im Wirbel der 1910er
Wahlen ins Palais Bourbon gewählt wurden? Wie schade, daß die
strengen, hohen Mauern, die den Sitzungsraum zu einer feierlich-
gemündlichen Riesen-Dampfbadewanne machen, nicht für ein paar
Stunden abgebaut werden können. Wie schade, daß am Donnerstag,
den 11. Januar 1923, nicht ganz Frankreich, die Jungen wie die
Älten, dem hehren Schauspiel beizuhören, das die Mehrheit, unter
der symbolischen Führung des begabtesten, eiterangefülltesten Be-
geisterter der demokratischen Republik, des Royalisten Léon
Daudet, den überfüllten Tribünen bot.

Wie schade, daß nicht das ganze französische Volk ohne Unter-
schied der politischen Tendenzen, das den überfüllten Rängen der
nobelen Herren entströmende Gedrüll hören konnte. Da
wurde gelacht, getobt, gejohlt, gellappert... Da
riefen die Edlen der Rechten, als der Sozialist Léon Blum auf
die Tribüne stieg, in den Saal: „s Maul halten die Juden! Schwelg
Jude! Geh Sauerkraut fressen. (Léon Blum ist ein jüdischer
Abstammung.) Adooft der Bodys...“

Und die Mehrheit des Bloc National, zu der wohl viele Einzelne
gehören, die soviel nichtfranzösische Flegelhaftigkeit nur ungern er-
tragen, sie schwieg, sie rührte sich nicht, sie unterkühlte nicht einmal
den Präsidenten, den sie soeben neugewählt hatte, Herrn Raoul Péret,
der umsonst die Glocke hin- und herriß, umsonst die Tobfächigen
auforderte, die Reglements zu respektieren und den sozialistischen
Redner anzuhören. So toll, so maßlos niedrig, be-
schämend wurde es schließlich, daß dem Präsi-
denten nichts anderes übrig blieb, als die
Sitzung zu suspendieren.

„Ja, ich bin Jude, ich habe meine Rasse nie verleugnet, werde
sie nie verleugnen, und wenn Sie glauben, mich zu beleidigen, indem
Sie mich daran erinnern, so irren Sie sich,“ hatte Blum den Tob-
fächigen zugerufen.

Der Berichterstatter und Augenzeuge hat den Eindruck, als
ob dieses Uebermaß nationaler Begeisterung selbst Herrn
Poincaré bedenklich gewesen wäre. Hatte der doch schon in
seiner Rede erklärt:

„Ich habe schon vor Wochen die Kammer darauf aufmerksam
gemacht, daß man von der Besetzung des Ruhrgebietes keine be-
trächtlichen Einkünfte als Resultat erwarten dürfe.“

„Wozu dann die ganze Operation?“, rief ein sozialistischer
Abgeordneter dazwischen.

„Weil auch ein wenig immer noch mehr ist, als gar nichts“,
erwiderte Herr Poincaré. Dieser tiefergründigen Weisheit
karrisierte die Mehrheit begeistert den Beifall. Aber diese selbe
Mehrheit mußte schließlich schweigen, als kurz darauf Genosse
Léon Blum in einer kurzen, ausgezeichneten Rede ausrief:

Lieber wenig als gar nichts, sagen Sie. Wobei sie scheinbar
vergessen, daß Sie damit die einzige Operation, die eine Lösung des
Gesamtproblems ermöglichen würde, die internationale Anteil-
heillos kompromittieren. Um einige hundert Millionen wollen
opfern Sie die Milliarden, die wir brauchen für unseren Wieder-
bau und die wir ohne den internationalen Kredit nicht finden werden.

Wenn wir gegen die Politik, die zur Ruhrbesetzung führte, pro-
testieren, dann nicht nur, weil Völkerrat, demokratisches Recht,
Menschenrecht durch derlei militärische Sanktionen verletzt wird, son-
dern vor allem auch im Namen der Interessen Frankreichs, die Sie
in allerhöchster Weise verletzen, im Namen der erhabensten mora-
lischen Interessen sowohl, als im Namen der unmittelbaren und der
dringlichsten materiellen Interessen unseres Landes. Wir überlassen
der Mehrheit die volle Verantwortung für diese Politik, die zu ver-
hindern wir nicht die Macht haben und für deren Zusammenbruch
Sie uns auch nicht im geringsten mit verantwortlich werden machen
können. Handlungen, wie die Besetzung des Ruhrgebietes, fassen
das wahre Gesicht Frankreichs. Dem in der Welt schon so stark vor-
handenen Verdacht, daß Sie offene oder geheime An-
neigungen beabsichtigen, Verdacht, den ich für falsch, für unbedeu-
tend halten will, geben Sie neue Nahrung. Sie erwecken den Ein-
druck, als ob Sie sich mit dem Ruin Deutschlands, mit seinem
Bankrott abgefunden hätten. Und ein Land, wie Frankreich, das
jahrhundertlang das Weltgewissen repräsentierte, kann nicht lange
mit ihm in Konflikt bleiben, ohne selbst schweren Schaden zu er-
leiden.

Ihre Politik ist eine Politik des Chaos, des Zwistes, des
Bankrotts. Wenn die Kammer die sofortige Diskussion unserer
Interpellationen annimmt, so werden wir Sozialisten einen letzten
Versuch machen, um Sie von der Gefährlichkeit und Tollheit dieser
Politik zu überzeugen. Aber welches auch Ihr Beschluß sein mag,

so erklären wir von vornherein, daß wir Sozialisten bereit sind, mitzuarbeiten an Lösungen, die durch den Völkerverbund mit Hilfe Amerikas herbeigeführt werden könnten.

Für die Politik, die sich in der Ruhrbesetzung verkörpert, wollen wir aber weder vor unserem eigenen Land, noch vor der öffentlichen Weltmeinung auch nur eine Sekunde die Verantwortung tragen. Wenn Sie uns nicht hören wollen, werden wir an das Land appellieren. Wir werden es über seine wahren Interessen aufklären und sind überzeugt, daß uns die Ereignisse auch fernerhin, wie bisher schon, recht geben werden. Möge die Welt, die Frankreich durch die Entwicklung erteilt werden wird, nicht allzu streng, nicht allzu grausam ausfallen: das ist unser Wunsch.

Die von Ueberpatriotismus und Wein weißschäumenden älteren und jüngeren Herren sind einem Ircium ihrer vergrünigten Lunte unterlegen, wenn sie den Juden Léon Blum für einen Boche hielten. Deutsche, die ihn kennen, haben ihn stets nach Haltung, Sprache und Geist als einen Vertreter jenes Frankreich angesehen, das sie einst in der Person Jaurès verehrten und liebten. Dagegen weisen die „älteren und jüngeren Herren“ selber eine fatale Nahnlichkeit mit einer gewissen Sorte von „Boches“ auf, und man merkt mit einemmal, daß dieser Bochismus eine internationale Erscheinung ist.

Hau du deinen Juden, ich hau meinen Juden — das ist die Bestimmung, in der sich die Patentpatrioten von süßen und trüben die Hände reichen können. Das ist der Gipfel der politischen Weisheit, der menschlichen Kultur, der völkischen Vervollkommnung — süßen und trüben.

Man muß einhalten, um nicht am Ende ein Loblied auf die Juden zu singen. Allerdings, wären alle Juden wie Léon Blum und alle Nichtjuden wie Léon Daudet und Reinhold Wulle, so stünde es um die letzteren traurig. Leider sind nicht alle Juden wie Léon Blum, glücklicherweise sind von den anderen die wenigsten wie Daudet und Wulle.

Unsere völkischen Rassenantifemiten werden gebeten, mitzutun, wie sie sich mit dem Foll Blum abzufinden gedenken. Da ist ein Franzose, der den Mut hat, Völkerecht, demokratisches Recht, Selbstbestimmungsrecht zugunsten des von seinen Landesleuten mißhandelten deutschen Volkes anzurufen. Und obwohl nach des großen Vudendorff Lehre die Juden einen Geheimbund zur Vernichtung Deutschlands bilden, ist dieser Franzose — man möchte fast sagen, ausgeredet — ein Jude. Versteht man sich in die Rolle eines völkischen Rassenantifemiten, so beginnt sich einem etwas zu drehen. Aber da die Dummheit nun einmal das Genie befreit, für die schwierigsten Probleme die einfachsten Lösungen bereitzubehalten, wird sich schon ein Ausweg aus dem Dilemma finden, und es wird sich ergeben, daß ein Jude immer das Maul zu halten hat — mag er auch so reden wie Léon Blum.

Triumphator Hergt.

Er will den „widerspenstigen Hengst“ zügeln!

Seit es dem Führer der Deutschnationalen vergönnt gewesen ist, mit den bis dahin von ihm veremten Demokraten und mit der Partei des Herrn Dr. Birth gemeinsam am Reichstage zu demonstrieren, führt sich der „königliche Staatsminister a. D.“ Hergt geradezu als Triumphator der neuen Einheitsfront. Auf einem Parteitag der Deutschnationalen Bonnern hat er eine Rede gehalten, über die wir in der „Bommerischen Tagespost“ jetzt einen ausführlichen Bericht finden. Ruhmredig erzählt er dort von dem „großen Tag“, den er am Königsplatz erlebt hatte, und dann preßt er die Einheitsfront des Bürgerlums:

„Die Sozialdemokraten sagten, am 9. November 1918 habe sich das Bürgertum verrochen, und es ist etwas Wahres daran, daß wir nicht auf dem Plan gewesen sind. Aber nun wollen wir auf dem Plan sein, und zum erstenmal seit vier Jahren haben wir den Aufmarsch des Bürgertums gesehen, und in einer Weise, die unvorstellbar ist. Die Demokraten und das Zentrum haben nicht geglaubt, daß mit dem Bürgertum etwas zu machen ist. Sie werden es gelernt haben. . . Innerpolitisch muß sich das weiter auswirken, und ich sage: Hütel Euch, Ihr Sozial-

demokraten, Ihr seid der Situation nicht mehr gewachsen! Ihr ahnt nicht, wie es bei Euch steht, oder Ihr verschleht die Augen, weil Ihr Angst habt vor dem Vorkrieg, das es nicht mehr gibt in dem Wörterbuch der Sozialdemokratie, und Angst vor den revolutionären Erregungsschäften. Aber hütel Euch, die Welle, die durch die Lande geht, geht auch über Euch hinweg, wenn Ihr nicht im letzten Augenblick noch einlenkt.“

Nachdem er solcherart seinem deutschnationalen Heidenmut freien Lauf gelassen, versichert Hergt, daß ihn „das Herz genügt habe, vom ersten Tage an hinter diese Regierung zu treten“. Zwar hätte er gewünscht, daß die Regierung den Franzosen gegenüber ruppiger aufgetreten wäre, daß man „noch deutscher sprach gegenüber diesen Kommissionen, die hier überall im Lande sich mausig machen. Aber was nicht ist, kann noch werden. Wir sind erst im Anfang der Entwicklung“. Allerdings muß Hergt gestehen, daß auch zu ihm „Aeingsläubige“ kommen und fragen, ob es möglich sei, daß wir durchhalten werden. Aber stolz antwortet darauf der Mann, der einstmals dem deutschen Volke einreden wollte, daß die Amerikaner nicht in den Krieg eingreifen würden, weil sie „weder fliegen noch schwimmen“ könnten:

„Darüber ist kein Zweifel, daß jede Regierung in Deutschland das Heft in der Hand hat, die nur mit der Auflösung des Reichstags droht. Der Reichspräsident hat nach der Verfassung das Recht der Auflösung. Die gegenwärtige Regierung kann jetzt retten, wenn sie nur will. Sie kann den widerspenstigen Hengst zügeln, wenn sie nur will. Nachgeben tut sie nicht. Sie darf auch die Sache nicht hinwerfen. Sie muß jetzt durch mit zusammengebissenen Zähnen, und dann wird das ganze Volk hinter ihr stehen. Das können wir von dieser Regierung erwarten. Es gibt schwere Zeiten. Es wird noch viel schlimmer werden, aber das ist das, was das deutsche Volk einig macht. . . Ein Hundstott, wer dem Feinde die Hand reicht zu seinem Vernichtungswort.“

So spricht Hergt als Triumphator über die bürgerlich-republikanischen Parteien unter dem Jubel der zahlreichen und wohlgenährten deutschnationalen Agrarier, die seine Zuhörerschaft bilden. Es ist kein Wunder, daß ihm sein Erfolg vom Königsplatz scheint allerdings das Wort des Reichskanzlers Dr. Birth: „Der Feind steht rechts!“ endgültig außer Kraft gesetzt zu sein. Nahnlich wie das Gele über die Bannmeile und das Verbot der Demonstrationen unter freiem Himmel. Berichtet doch die Scherpreise ähnlich triumphierend von einer neuen studentischen Demonstration, die am Donnerstag unter den Linden stattgefunden und die „kein hartes Wort, kein Auseinanderprallen feindlicher Meinungen“ hörte, auch keine Polizei, wie wir hinzufügen müssen.

Die „patriotische Welle“ ist da, und zahllos sind jene, die ihr Lob singen. Zwar springt der Dollar auf 24 000 und darüber, zwar klettern die Lebensmittelpreise ins Ungemessene, aber die Deutschnationalen glauben trotzdem ihre Stunde gekommen. Sie wähen im nationalen Rausch nicht nur die übrigen bürgerlichen Parteien, sondern auch den ganzen Reichstag und das ganze Volk als einen widerspenstigen Hengst behandeln zu können. Fast möchte man sie ob dieser Ludendorffstimung bemitleiden. Sie sehen nicht, daß die wachsende Not im Volk ganz andere Gefühle auslöst, als wie die deutschnationalen Agrarier sie empfinden. Sie sollten sich hüten, den „Hengst“ zu reizen, den sie zu zügeln meinen.

Kein englischer Kredit für Stinnes. Nach III. entbehrt die Nachricht, daß Stinnes zum Kohlenkauf von englischen Banken einen Kredit von 2 Millionen Pfund erhalten habe, jeder Grundlage. Ein solches Kreditabkommen ist nicht zustande gekommen.

Ein Nachspiel zum Kapp-Putsch.

Warum ein Sozialdemokrat diszipliniert wird.

Vor dem Disziplinargerichtshof beim Kammergericht wird am nächsten Montag in einem Disziplinarverfahren verhandelt werden, das seinen Ursprung bis auf den Kapp-Putsch juridiziert. Angeklagt ist indessen nicht ein Kappist, sondern ein sozialdemokratischer Beamter, der sich an der Abwehr des Putsches beteiligte. Es handelt sich um den Kanzleifunktionären Genossen Henkel in Pritzwalt, der während der Kapp-Tage dem Aufruf der Regierung zum Generalstreik Folge leistete und dann von dem deutschvölkischen Amtsgerichtsrat Hellhoff wiederholt „dienstlich“ aufgefördert wurde, trotz Generalstreiks seinen Dienst zu verrichten. Als Henkel auch unter Berufung auf den Aufruf der Reichsregierung dieser dienstlichen Aufforderung nicht nachkam, wurde er vom Amtsgericht suspendiert und ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet. Weil er außerdem aber als Sozialdemokrat an einem Umzuge teilgenommen hatte, wurde sogar das Verfahren wegen Hochverrats gegen ihn veranlaßt und Henkel in Haft genommen.

Diese beiden Verfahren mußten selbstverständlich als gegenstandslos niedergeschlagen werden. Daraus sollte Henkel seinen Dienst wieder anreten. Er hat indessen um Vergebung an ein anderes Gericht, weil er glaubte, mit dem antifeindlichen und aus seiner reaktionären Bestimmung niemals ein Heft machenden Amtsgerichtsrat Hellhoff nicht zusammenarbeiten zu können, ohne Gefahr neuer heftiger Zusammenstöße.

Dieses Ersuchen, das alle Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt hätte, wurde aber unbegreiflicherweise von der vorgesetzten Behörde abgelehnt und der Sozialdemokrat sollte wieder der liebevollsten Behandlung durch den Antifeindlichen ausgesetzt werden. Weil er unter diesen Umständen es ablehnte, den Dienst an dem gleichen Gericht wieder aufzunehmen, ist nun gegen Henkel das Disziplinarverfahren mit dem Ziel der endgültigen Entlassung aus dem Dienste eingeleitet worden. Der Disziplinargerichtshof wird sich wahrscheinlich auf die formelle Seite der Angelegenheit verweisen, insofern, als der angeklagte Beamte tatsächlich den Schein des Unrechts aus seiner Seite hat, weil er einer dienstlichen Aufforderung zum Dienstantritt nicht nachkam. Daß jedoch wirklich die Dienstentlassung ausgesprochen wird, erscheint uns angesichts der gesamten Umstände noch immer zweifelhaft.

Ein Disziplinarverfahren ist bekanntlich nicht öffentlich. Man kann die Richter bei der Beweisaufnahme nicht kontrollieren. Aber es erscheint notwendig, daß man die besonderen Verhältnisse an dem Amtsgericht Pritzwalt sehr eingehend nachprüfe. Was Genossen Henkel der Amtsgerichtsrat Hellhoff ist, beleuchtet nicht nur sein Verhalten während des Kapp-Putsches, sondern auch die Tatsache, daß er der amtlichen Aufforderung, aus Anlaß des Rathenau-Wortes auf dem Gerichtsgebäude Halbmeist zu fliegen, nicht nachgekommen ist. Er ist dafür dienstlich mit einer Rüge bestraft worden, kann aber ruhig weiter seine Ämter wälten, während man den sozialdemokratischen Kanzleibeamten mit Disziplinarverfahren bedrückt. Verteidigt wird Genosse Henkel, der in Pritzwalt auch im Stadtverordnetenkollegium seinem deutschnationalen Vorgesetzten gegenübersteht, von dem demokratischen Rechtsanwalt Dr. Schmoller, der die Verhältnisse am Amtsgericht zu Pritzwalt aus eigener Erfahrung kennengelernt hat.

Der Trugbund vor dem Staatsgericht.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verhandelt unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schmidt in öffentlicher Sitzung über die Beschwerde des Deutschvölkischen Schutz- und Trugbundes sowie einer Reihe von Ortsgruppen gegen die von verschiedenen Landeszentralbehörden erlassenen Verbote und Aufhebungsbeschlüsse. Zur Verhandlung sind Vertreter des Reichsministers des Innern sowie der preussischen, badischen, sächsischen und thüringischen Minister des Innern erschienen. Der Hauptgeschäftsführer des Bundes Roth führte aus, bestimmte Beweismittel und Tatsachen für die Verbote hätten bei deren Erscheinen überhaupt nicht bestanden.

Musik der Trauerwoche.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Und wieder ist Schicksal. Und wiederum Leid und Weiden. Der bitterste Ernst pocht an unser Gewissen. Das Mensch und Politik und Wirtschaft nicht zur Welterlösung beitragen können, das zwänge ein Genie der Kunst, wenn es die Zeit gebären möchte. Wo ist es, wo bleibt es? In triumphalen Zeiten des Landes haben die Dichter, die Hymniker und Komponisten oft geschwiegen, oft Mittelweg hergegeben. So Goethe, so Wagner, der 1870 nur einen dramatisierenden Kaisermarsch schuf. Schillers Pathos, Beethovens Kraftmenschen mühten wiederzuleben, oder doch einer, der wie Brahms die Stimme des Leidens mit der einer besseren Zuversicht im Requiem verband. Ein Requiem auf das deutsche Land, auf gewalltes Volk, ein Horn-Ruf und ein Aufkommen zugleich, Harfe und Schleuder, Siegwille und Demut in einem. Aber der Genius ist so weit fort, wie der Sinn für Verbrüderung. Der Sinn einer Fremden-Apotheose in Beethovens letztem Werk wird im Heute entwirrt, uns bleibt die ergriffene Stimmung eines heroischen Trauermarsches. Wie schön, daß Furtwängler die Eroica in einem spontanen Erfassen unserer Bedrücktheit an Stelle einer Tschalowsky-Sinfonie spielte. Ja, bestimmen wir uns auf das, was uns jetzt am nächsten liegt, am tiefsten ergreift in unserem Herzen: Deutsche Musik eines deutschen Genies, echt und wahr und fest in aller Trauer. So wirkte auch schon die Haydn-Sinfonie Nr. 4. D-dur, in der ungewöhnlich schärfen, feingegliederten Direktion Furtwänglers wie ein Loblied. In diesem selten gespielten Werk sind alle Zartheit, alle feinen Humoristiken Handys gefammelt. Nicht groß an Idee, zwingt sie durch die Klarheit des Streicherlages, durch die lieblichen Bläser-Einfälle, durch Anmut und Witz. Was und wer Furtwängler ist, erkennt bald, wer Abendroth bei der VII. Sinfonie Beethovens, Schneepoigt bei der unvollendeten Sinfonie Schuberts hinhoren nicht. Nicht technisch. Denn beide beherrschen schon die Taktier-Technik. Aber das Reiz, die Innigkeit, der Gesang singt nicht aus ihnen. Orpheus-Gaben sind ihnen fremd. Schönheiten der Darstellung scheinen bei Abendroth Lieberlassungs-Erfolge, an die er selbst kaum glaubte. Er verlor, ein Tempo zu mildern, durch ein sanftes Rubato in ein Hauptthema zurückzuleiten. (II. Satz.) Das gelingt so, daß die Verlangsamung noch in das Haupttempo hineingerät. So hat plötzlich ein und dasselbe Thema zwei Gesichter, und weiß nicht wie und warum. Eine Beethovenische Sinfonie, denn man, spielt sich von selbst? Ja, aber man muß ihren Geist nicht beherrschend, sondern durch kleine, angelegte Widern, sondern sie von ihrem Geist beherrschten lassen. Immerwieder: die dröge Handstetigkeit des vom Publikum übrigens beifällig geyllten Dirigenten Abendroth lebe und tobe sich anderswo aus. Die Verantwortung, von diesem Posten Walter oder Hausegger abzulassen, auszuscheiden, mögen die Kundigen und Befehlenden weiter tragen! Schneepoigt hat sich eine Gemeinde geschaffen. Er ist ein sehr beweglicher, hosiiger, kraftgeladener Dirigent, mit der Mechanik des Orchesters gut vertraut. Aber eigentlich ein Führer, ein Fortissimo-Dirigent. So eine Nichtigkeit, wie die Wagner-Epigonarbeit Voelflers („Tod des Tremaglio“) schmettert er gut heraus. Doch Schubert und Ro-

mantil und Wien und Keuschheit im Ringen sind ihm nicht ans Herz gewachsen. So versteht man eigentlich nicht recht, wie deutsches Publikum seiner kalten Brauour jubeln kann. Sein Abend wird sein eigenes Geschick verraten.

In den vier jugendlichen, scharfgeprägten Köpfen des Budapest Streichquartetts prägt sich all das aus, was zu einer hochkultivierten Ensemble-Streichkunst gehört: helles, nationales Blut, schärfste Gliederung der Säge und Sauteile, nachdrückliches Ton-Erleben, Sinnlichkeit und Freude am Spiel und einheitliches Vorwärtsdrängen. An die nicht gerade notwendigen, sicher aber unentbehrlichen, unmanierierten Verrückungen des Brimgeizers und an eine gewisse Ton-Herobheit gewöhnt man sich schnell. Diese vier hochgehenden Rufftemperamente stellen jedenfalls ein Quartett dar, wie es an Kultur (älteren und modernen Musikstils) nur von Rosé's erreicht wird. Natur ist Kunst geworden, und Kunst wendet sich wieder in natürliche Empfindung. Gehet hin und freuet euch! Birgit Engell hat die Lieblichkeit ihrer wohlklingenden Koloraturstimme noch immer, Opernartigkeit und Jahre haben ihr kaum etwas angetan. So gelingen ihr Handel-Arien warm und geschmeidvoll. Von Pianisten interessiert der Russe Arsenieff, trotzdem er im virtuellen Glanz noch wenig Geistesfreiheit verrät; Bruno Eisner ist gerade von diesem eleganten Schiffe des äußerlichen Virtuosen entfernt. Er verfügt über eine höchst exakte Spielmanier und ist ein strenger Gestalter. Seiner Sozialität und künstlerischen Ehrlichkeit fähig sich jeder gute Musiker verpflichtet. Leonid Kreuzers Klavierspiel ist gleichzeitig Pädagogik und Intuition. Der in der Präzision der Proportionen, in der Klarheit der Vortrag vorbildliche Lehrer geht nie so weit, daß der Künstler sein Recht, sein Vorrecht verliere. In Brahms' erstem Klavierkonzert kam die persönliche Kraft, die individuelle Mischung aus Schwung und Zurückhaltung zu schönster Wirkung.

Johannes V. Jensen, der bekannte dänische Romanist und Essayist, vollendet morgen sein 50. Lebensjahr. Für seine Befensart in Schilderung und Betrachtung sind zwei grundverschiedene Ergebnisse maßgebend. Die Eindrücke seiner engeren Heimat, der Landschaft Hummerland in Jütland, wo er als Sohn eines Tierarztes geboren wurde, haben ihn zu einem Naturphilosophen von tiefster Empfindlichkeit gemacht, und wenn er später öfter in die weite Welt hinauskam, nach Kreta oder nach Äthien, so hat er dort den technischen, menschenüberlasteten Biermarkt der großen Städte oder die prangenden und lauernden Gewalten der tropischen Breiten mit denselben geschärften Sinnen gesehen wie Land, Kreatur und Menschen seiner engen Heimat. Kennzeichnend für ihn ist vielmehr, daß er in seiner Generation der erste Wirklichkeitsbildner ist, der tatsächlich das äußere Leben mit allen Sinnen aufnimmt, genießt und in den feinsten Nuancen wiederzugeben weiß. Dabei ist er keineswegs ein präziser Genieher nach Art der Westheten der neunziger Jahre, sondern er stürzt sich ebenso entschlossen und sinneshuldig in Kraftfeld, Glend und Grausamkeit, um sie im Bilde festzuhalten. Die Grundlage seiner gesamten Produktion bilden denn auch seine „Himmelndagsgeschichten“, die solche Schicksale verschiedener Typen seiner nächsten Vordere, dieser Produkte einer fähigen, menschenarmen, schwermütigen Natur. Auf ihnen baut er auch später eine seiner bedeutendsten Schöpfungen, die ge-

schichtliche Trilogie vom Dänenkönige Christian dem Tyrannen „Der Fall des Königs“ auf. Aber auch seine „Egäischen Romellen“ oder seine „Singaporegeschichten“ stehen mit diesen heimischen Bildern in innerer Verbindung. Das Ueberwältigende der technischen Zivilisation, das Johannes V. Jensen in den amerikanischen Großstädten zum erstenmal entgegengetreif, hat ihn zu hymnischen Schilderungen dieser menschlichen Gebilde begeistert, vor denen er gleichwohl wie vor Naturroffenbarungen steht, besonders in den Romanen „Madame D'ora“ und „Das Rad“. Nur wenn er versucht, aus diesen Erscheinungen kulturelle Lehren abzuleiten und sie uns armenigen Europäern als erfahrungswertes Ziel zu predigen, sehen wir, wie wenig ebenbürtig sein Intellekt seiner diatrischen Vision, seiner sinnlichen Hellhörigkeit und seiner geschmeidigen sprachlichen Kraft ist. Als Sprachkünstler hat Johannes V. Jensen in Dänemark geradezu Epoche gemacht, indem er das einem jeden zugängliche Material in allerreinster und bisher unerhörter Weise so formen vermochte. Nicht nur dort, sondern auch bei uns hat er eine ganze Generation von Nachahmern gezüchtet. Johannes V. Jensen's letzte Werke gelten einem großen kulturellen Joltus, der von der Urzeit über das nordische Altertum und Kolumbus bis in die gegenwärtigen Hochburgen der Industrie und Technik führt. Aber es läßt sich immer wieder beachten, daß seine gedankliche Arbeit seine dichterisch-sinnliche Kraft nicht nur nicht erreicht, sondern sie geradezu schwächt. Immerhin bedeutet sein Schaffen einen Einblick in die jetzige europäische Prosa, der sich nicht mehr fortzudenken läßt und dem jeder noch manche Blüte beizubringen wird. U. F. C.

Wondlicht und Nahrung. Von einer merkwürdigen Entdeckung, die sich mit gewissen Wirkungen des Wondlichtes beschäftigt, berichtet Elizabeth Sidney Semmens in der englischen Zeitschrift „Nature“. Ihr ist es geglückt, Stärke mit Hilfe des Wondlichtes in Zuckerkristalle zu verwandeln. Bereits vor kurzem hat der Liverpooler Professor E. C. Daly eine Methode ausgearbeitet, um mit Hilfe der ultravioletten Strahlen synthetischen Zucker aus Wasser und Kohlenoxydgas zu machen. Wif Semmens fand nun heraus, daß Samen im Wondlicht rascher sich entwickelt als unter den gewöhnlichen Bedingungen, und da es bekannt ist, daß das vom Wond zurückgeworfene Licht polarisiertes Licht ist, wurden im Laboratorium Versuche mit polarisiertem künstlichen Licht angestellt. Dabei wurde gefunden, daß dieses künstliche Licht dieselben Wirkungen wie das Wondlicht auslöst, und indem man Stärkekörper, die mit Distase (einem chemischen Ferment) vermischt waren, starkem polarisiertem Licht aussetzte, wurde die Stärke gespalten und zu kleinen Massen von Dextrin und Kristallzucker umgewandelt.

Operation mit Musik. Den Kuban, die erste Operation unter Begleitung von Musik, die der Fernentschloß übernahm, soll jetzt zu haben, beansprucht das Vortrefflichste eines Krankenhauses in Neapel. Es handelte sich um eine Patientin, an der ein Kaiserschnitt vorzunehmen war. Nach erfolgter Totalanästhesie wurden der Frau zwei Hörer angelegt, worauf die Worte an ihre Arbeit gingen und ihre Patientin den funktionell übermittelten Klängen einer eigens für sie spielenden Kapelle lauschte. Mutter und Kind befinden sich wohl.

Ueber das Konzertprogramm liegen nähere Angaben nicht vor. Da es sich aber um einen Kaiserschnitt handelte, wird man vermutlich „Heil dir im Siegerkranz“ gespielt haben.

Das Rathaus als Kaserne.

Bochum, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem die Franzosen durch die Erschießung eines jungen Mannes die Bevölkerung Bochums aufreizend provoziert haben, ist nun durch die Einquartierung von Truppen in dem Stadtkonferenzsaal und den Magistratsräumen im Rathaus der Stadt eine neue Demütigung zugefügt worden. Magistrat und Stadtkonferenzversammlung können keine Sitzungen abhalten, weil ihnen keine Ersatzräume zur Verfügung stehen. Trotzdem der Befehlshaber andere Räumlichkeiten angewiesen wurden, weigert sie sich, das Rathaus zu räumen.

Dortmund, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Franzosen sehen ihre „friedliche Aktion“ eifrig fort. Das Singen nationaler Lieder ist verboten; der Belagerungszustand wird vereinzelt besonders scharf durchgeführt. Verhaftungen von Zeugenbestimmern wurden bisher unterlassen; ebenso erfolgte eine Verladung von Grubenarbeitern vor ein Kriegsgericht nicht. Dagegen trifft man die notwendigen Vorbereitungen, um fehlende wirtschaftliche Voraussetzungen, die zur Ausbeutung des Ruhrgebietes notwendig sind, durch militärische Maßnahmen zu ersetzen. Auf allen größeren Bahnhöfen werden militärische Truppen einquartiert.

Auch die Pfalz Coste unterstellt.

München, 18. Januar. (W.B.) Wie bekannt wird, hat die Kohlenstelle Ludwigschafen von der Interalliierten Rheinlandkommission Befehl erhalten, daß sie nicht nur von der bayerischen Landeskohlenstelle, sondern auch von der Interalliierten Kontrollkommission Befehle entgegenzunehmen habe.

Flaggenzwischenfall in Bad Ems.

Koblenz, 18. Januar. (Koblenzer Ztg.) In der Nacht vom 11. zum 12. Januar ist die in Ems auf der Bäderley angebrachte französische Flagge heruntergeholt worden. Die Stadtverwaltung hat eine Belohnung von 100.000 M. für die Ermittlung ausgesetzt. Das Betreten der Umgebung des Flaggenmastes ist verboten.

Die Protestbewegung in Frankreich.

Paris, 18. Januar. (W.B.) Das Gewerkschaftsblatt „Peuple“ gibt bekannt, daß die französischen Gewerkschaften bis jetzt seit der Ruhrbesetzung in Frankreich 42 öffentliche Protestversammlungen abgehalten haben und daß die Proteste fortgesetzt werden. Eine Anzahl dieser Kundgebungen hat in Nordfrankreich stattgefunden, darunter in Amiens, Reims, Roubaix, Doumont und Dunkirchen.

Die englische Sorge über Frankreichs Fehler.

London, 18. Januar. (W.B.) Die Blätter heben die gegenwärtigen Schwierigkeiten hervor, denen Frankreich durch die Besetzung des Ruhrgebietes gegenübersteht. „Evening Standard“ berichtet aus Düsseldorf, die Franzosen geben jetzt zu, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands die schwierigste der Welt sei. Nach Ansicht des Berichterstatters ändern die Franzosen bereits ihre Pläne (7). Die französischen Bemühungen, die deutschen Arbeiter und die Industriellen zu spalten, hätten sich bisher als zwecklos erwiesen. — „Wall Mall and Globe“ berichtet, Paris wisse nicht, welches der nächste Schritt sein solle. Es werde jedoch anerkannt, daß der schwierigste Teil der Aufgabe noch bevorstehe. — „Manchester Guardian“ schreibt, jede Karte, die Frankreich bisher im Ruhrgebiet ausgespielt habe, ist ein Fehler.

Ein Urteil der deutschösterreichischen Genossen.

Wien, 18. Januar. (W.B.) Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt: Das Unglück ist, daß die französischen Machthaber derart die Gefangen ihrer Drohungen werden, daß die Möglichkeit einer moralischen Einkehr kaum abzusehen ist. Dieses Drohen der französischen Generale und die dauernden Feststellungen der Reparationskommission machen einen pathologischen, um nicht zu sagen lächerlichen Eindruck.

Der Löwe.

Von Theodor Ebel.

„In grauen Zeiten galt im Reich der Tiere das Recht der Freiheit und Gleichheit: jede Kreatur war frei, und keine war einer andern untertan.“

Aber schon damals fraßen die Tiere; und der Löwe war stärker und gefährlicher als alle und verschlang jegliche Kreatur, die er erjagen konnte; da war keine Sippe, die er nicht in Trauer brachte.

Endlich traten die Verfolgten zusammen und berieten über Mittel und Wege, wie man diesem trostlosen Zustand ein Ende machen könne.

„Der Löwe ist ein Freier und Verbrecher“, sagte der Büffel.

„Der Löwe ist ein Räuber und Mörder“, sagte die Giraffe.

„Der Löwe ist ein Verächter unsres heiligsten Rechtes, sagte der Hirsch, und darum verdient er den Tod.“

„Ja“, riefen alle Tiere, „hundertfach hat er den Tod verdient, und sie verurteilten ihn zum Tode.“

Aber wer wagte es, das Urteil an dem Schrecklichen zu vollziehen? —

Und wiederum berieten die Tiere.

Und das Kamel ergriff das Wort und sprach: „Genossen! Wir wollen großmütig sein. Wir wollen Gnade über Wir wollen dem Bösewicht kein verräuchtes Leben schenken, aber wir müssen ihn unschädlich machen, und darum laßt uns ihn verbannen.“

„Ja“, riefen alle Tiere; und sie verbannten ihn.

Aber wer vermochte es, den Fürchterlichen zu vertreiben? —

Und zum drittenmal berieten die Tiere. Sie wählten keine Rettung.

Da sprach zuletzt das Pferd: „Genossen! Es ist gewiß, daß der Löwe ein Schandstüd in unserer Gesellschaft ist, den wir austilgen müssen. Da wir den Freier aber weder umbringen noch vertreiben können, so rate ich, ihn über das Geseß zu stellen, indem wir ihn zu unserm König machen.“

Das Pferd überzeugte die Tiere, und sie verliehen dem Löwen die erbliche Königswürde.

Und sie waren wieder zufrieden und glücklich, denn wer fürderhin dem Löwen unter die Krallen kam, der hatte das tröstende Bewußtsein, nicht einem sträflichen Verbrecher zum Opfer zu fallen, sondern für eine große Idee zu sterben.

(Aus der zum 50. Geburtstag von Theodor Ebel im Verlag von Walter Seifert in Heilbronn soeben erscheinenden Gesamtausgabe seiner „Fabeln“.)

Antares-Miscel-Draht-Vertrag. Am 25. abends 8 Uhr, ließ Walter Seifert im „Garten Eden“, Köhlerstr. 38, eigene ungedruckte Übersetzung und Broschüre mit als Einleitung eine Ansprache halten, betitelt: „Was nun mit den Menschen heulen.“

Der stielte Schacht der Erde ist der Schacht 3 des Steinkohlensbergwerks „Wagnersberg“ in Zwickau. Er weist eine Tiefe von 1084 Metern auf. Gegenwärtig wird in demselben Bergwerk ein Schacht 4 ausgeteuft, der auf 1400 Meter gebracht werden soll.

Notmaßnahmen für Preußen.

Ein Erlass Severings.

Der preussische Minister des Innern hat an alle Oberpräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin einen Erlass gerichtet, der die betreffenden Instanzen auffordert, auf Grund folgender Richtlinien umgehend eine Polizeiverordnung zu erlassen: 1. Eine Einschränkung der Polizeistunde für Gast- und Schantwirtschaften ist herbeizuführen. Die äußerste zulässige Grenze ist 11 Uhr abends, soweit nicht eine noch frühere Polizeistunde schon jetzt festgesetzt ist; bleibt eine Herabsetzung in Erwägung zu stehen. Das gleiche wird für Theater, Varietés, Kabarette, Lichtspielvorführungen und ähnliche Schaufstellungen zu gelten haben. 2. Öffentliche Tanzlustbarkeiten sowie private Tanzlustbarkeiten in Gast- und Schantwirtschaften oder mit solchen in Verbindung stehenden Räumen sind zu verbieten. Ausnahmen von den Bestimmungen zu 1 und 2 sind auf besondere Fälle zu beschränken. Für die Erteilung der Genehmigung in solchen Ausnahmefällen sind die Regierungspräsidenten für zuständig zu erklären (in Berlin der Polizeipräsident). 3. Der Ausschank von alkoholischen Getränken an Jugendliche unter 16 Jahren ist zu untersagen.

Gegen das Aufkäuferntwesen. Kontrolle der Wochenmärkte

Wie wir bereits mitteilten, hat der Präsident des Landespolizeiamts beim Ministerium des Innern zwei Erlasse über die Bekämpfung des Wuchers herausgegeben, deren erster sich mit der Zusammenarbeit der Polizei mit den Verbraucherorganisationen beschäftigt. Aus dem zweiten Erlass, der das Aufkäuferntwesen und die Heberwachung der Wochenmärkte betrifft, sind folgende Einzelheiten zu erwähnen: Die Polizeiverordnungen werden ersucht, dem preltreibenden Aufkäuferntwesen entgegenzutreten, und die Landräte werden aufgefordert, durch ihre Landjäger und unter Heranziehung aller verfügbaren Kräfte sofort eine systematische Kontrolle der Aufkäufer in die Wege zu leiten und gegen Preistreiber ohne Rücksicht unter Anwendung aller gebotenen Mittel in der rücksichtslosesten Weise einzuschreiten.

Im weiteren Verlauf des Erlasses werden die gesetzlichen Handhaben aufgezeigt, mittels derer die Behörden unläuterer Wuchers entgegenzutreten in die Wege verkehrt sind. Eine besondere Aufkaufserlaubnis ist nämlich vorgeschrieben durch das Gesetz über die Fleischversorgung vom 18. April 1922. Hiernach kann die Erlaubnis verweigert werden, wenn Bedenken volkswirtschaftlicher Art oder persönliche Gründe, die eine Unzuverlässigkeit in der Geschäftsführung annehmen lassen, der Erteilung entgegenstehen.

Was das Ruhrgebiet für Deutschland ist.

Das Ruhrgebiet, das eine genau feststehende geographische Abgrenzung nicht hat, umfaßt ungefähr 2500 Quadratkilometer. Da wohnen, dichtgedrängt, rund 4 Millionen Menschen, also etwa genau so viel, als in der ganzen Schweiz. Im Ruhrgebiet wohnen auf 1 Quadratkilometer Fläche rund 1600 Menschen, in der Schweiz nur 94. Ueber eine Million industrielle Arbeiter sind im Ruhrgebiet beschäftigt, davon im Steinkohlenbergbau ungefähr 550.000.

Das Ruhrgebiet umfaßt mit 213 Milliarden Tonnen Steinkohlenvorrat

über drei Viertel der gesamten deutschen Steinkohlenvorkommen. Die Steinkohlenförderung (ohne inländische Rechnen) betrug 1913: 110,4 Millionen Tonnen, der Anteil an der Gesamtförderung im Reich (nach dem jetzigen Gebietsstand) 78,31 Prozent. 1922 wurden rund 100 Millionen Tonnen Steinkohle im Ruhrgebiet gefördert.

Die Roheisenproduktion betrug 1913 im Ruhrgebiet 6,7 Millionen Tonnen oder 61 Prozent der gesamten deutschen Produktion, die Rohstahlproduktion 7,5 Millionen Tonnen oder 65 Prozent der gesamten deutschen Produktion.

Die Kohlenlieferungen an die Entente vom Ruhrgebiet betragen 1920: 15.631.000 Tonnen, 1921: 18.180.000 Tonnen, 1922 (bis November): 16.971.000 Tonnen. Mehr als ein Drittel der Rohkohlenförderung im Ruhrgebiet wurde von der Entente in Anspruch genommen, also der deutschen Wirtschaft entzogen. An dem Gesamtverstand deutscher Steinkohle von 1921 nach dem Inlande (91,1 Millionen Tonnen) ist das Ruhrgebiet mit 66,3 Millionen Tonnen beteiligt.

In welchem Grade die inländische Versorgung mit Steinkohle und Koks von der Ruhrförderung abhängt, zeigt folgende Einzelzahl: Im Oktober 1922 betrug der Gesamtverbrauch an Steinkohle und Koks im Deutschen Reich rund 8 Millionen Tonnen, von denen 6 Millionen Tonnen allein aus dem Ruhrrevier stammten.

1913 erfolgten im Ruhrrevier 32,5 Prozent des Eisenbahngüterverkehrs und 25,3 Prozent des Wasserfrachtgüterverkehrs im gesamten gegenwärtigen Gebietsumfang. Fast

ein Drittel des gesamten deutschen Güterverkehrs entfällt auf das Ruhrrevier.

Die Umstellungen infolge des Friedensvertrages und die Anforderungen der Entente führten dazu, daß allein im Bergbau 150.000 Arbeiter mit ihren Familien neu untergebracht werden mußten. Allein durch diesen Zuwachs ist die Wohnungsnot trotz aller Gegenmaßnahmen auf des höchste gestiegen. Im Frühjahr 1922 gab es über 100.000 Wohnungslose im Ruhrgebiet. Diese Zahlen lassen erkennen, wie unerträglich die Unterbringung von mehreren Divisionen Besatzungstruppen in diesem dichtest besiedeltem Gebiet des europäischen Kontinents werden muß.

Italiens halbe Opposition.

Napoli, 18. Januar. (E.P.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Corriere della Sera“ in Rom berichtet über die Tragweite der italienischen Vorstellungen in Paris folgendes: Die italienische Regierung hat sofort gegen die Verwendung von Truppen an der Ruhr Vorbehalte gemacht. Da der italienische Wiedergutmachungsplan die Beibehaltung der bisherigen Ein- und Ausfuhrkontrolle und Zollgrenze im Rheinland sowie die Kontrolle über die Verwaltung der staalichen Wälder und Produkte der staalichen Kohlengruben im Ruhrgebiet durch Zivildelegierte ohne militärische Unterstützung vorsah, konnte die italienische Regierung nicht umhin, sehr klar ein Einverständnis mit den französischen Vorschlägen abzulehnen. Der italienische Plan sollte eine Verständigung mit Deutschland voraus. Statt dessen schritt Frankreich eigenmächtig zur Befehung, um seine Ingenieure zu fördern, was zum Protest der deutschen Regierung, zum Mißlingen jeder Verständigungsmöglichkeit mit dem Kohlenbund und den Besitzern der Kohlengruben führte. Die italienische Regierung weigert sich daher auch, nur Zivilwächter für die von Frankreich geplante Errichtung einer Zollgrenze östlich der besetzten Gebiete zu stellen, da Italien niemals eine Zollgrenze nach Osten befürwortet. Mussolini hat auch darauf bestanden, daß an der Spitze der Kontrollkommission als Ingenieur eine Zivilperson und nicht ein Militär stehe. Dagegen befehlt ihm im Ruhrgebiet General Degoulle und General Denoignes und verhandelt

Nach der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 23. Mai 1922 ist der Handel mit Karioffeln vom 1. August 1922 ab nur mit besonderer Erlaubnis gestattet und kann unter ähnlichen wie für die Fleischversorgung geltenden Voraussetzungen versagt werden. Ferner sind durch die Verordnung zur Abänderung über den Verkehr mit Milch vom 9. Dezember 1922 die gleichen Vorkehrungen gegen Preistreiberei getroffen.

Ein besonderes Augenmerk ist auf die Inhaber von Wandergewerkschaften zu richten, die vielfach lediglich den Zweck verfolgen, sich und ihre Familien vorzugsweise mit Lebensmitteln einzudecken. Auch die Anträge auf Erteilung der Großhandlauselaubnis sind auf das sorgfältigste zu prüfen. Besteht der Verdacht der Unzuverlässigkeit, so ist der Handel sofort ohne Rücksicht auf ein etwa später ergehendes gerichtliches Erkenntnis zu untersagen. Diese Bestimmungen finden auch auf Ausländer, insbesondere auch auf die Angehörigen früherer feindlicher Staaten, Anwendung.

Mit den Eisenbahnverwaltungen ist wegen eines engen Hand-in-Hand-Arbeitens sofort in Verbindung zu treten. Der Reichsverkehrsminister ist gebeten worden, der Eisenbahnverwaltung die Vorschriften zur Bekämpfung des Schleichhandels und Schieberturns in Erinnerung zu rufen.

Als weiteres wirksames Mittel zum Schutz der Verbraucher soll in Zukunft in allen Städten eine strenge Heberwachung der Wochenmärkte erfolgen. Es sind alsbald neue Bestimmungen dahin zu treffen, daß an Wochenmarkttagen der Handel mit Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs nur auf den dafür bestimmten Plätzen und Straßen betrieben werden darf und den Händlern verboten ist, auf Wochenmärkten solche Waren zum Zweck des Wiederverkaufs vor 11 oder 12 Uhr vormittags, je nach den örtlichen Verhältnissen, aufzukaufen. Die Zugangsstraßen zu den Märkten sind die Gastwirtschaften sind zur Erreichung dieses Zweckes an Markttagen polizeilich zu überwachen; ferner sind die Aufkäufer ständig zu kontrollieren, ob sie im Besitz der erforderlichen Handels- oder Aufkaufserlaubnis sind. Die Verkaufsstände müssen die behördlichen Bestimmungen über Preisverzeichnisse und Preisplakate aufzeigen und sind zu kontrollieren, ob sie richtige Waagen und Gewichte besitzen. Auf jedem Wochenmarkt ist für die Verbraucher eine durch ein großes Plakat weithin sichtbar gemachte Meldestelle einzurichten, auf der ständig Beamte und möglichst auch mindestens ein Vertreter der Verbraucher zur Entgegennahme etwaiger Mitteilungen über unlautere Wucherschaften anwesend sind; dort soll möglichst auch eine Waage vorhanden sein. Unserdem ist der Markt dauernd abzuspatzieren.

mit den Grabensbesitzern. In diplomatischen Kreisen Roms, und zwar nicht nur in den italienischen, versteht man sich den Ernst der heiklen Lage nicht, die vorläufig ohne Ausweg zu sein scheint. Vielleicht könnte eine Pause in den militärischen Operationen eine Vermittlung zwecks Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien ermöglichen.

Selbstbesinnung in Bayern?

München, 18. Januar. (E.P.) In den rechtsstehenden bürgerlichen Parteien Bayerns beginnt man allmählich eine starke Trennungslinie gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung zu ziehen. Es ist kein Zufall, daß zu derselben Zeit, da die Presse der bayerischen Volkspartei von dieser Bewegung entschieden abtrübt, die Nationalsozialistische Partei aus der Vereinigung der vaterländischen Verbände Bayerns ausgeschieden ist. Den Grund dafür bildet die Kundgebung der vaterländischen Parteien am vorigen Sonntag, bei der der Hauptredner zur Einstellung der inneren Kämpfe aufgefordert hat. Das Organ der Nationalsozialisten reagierte darauf mit scharfen Angriffen gegen diesen Redner und erklärte, daß es einen inneren Frieden nicht geben könne, bevor nicht das ganze baltische Gesindel aus Deutschland hinausgejagt sei. Im Zusammenhang mit dieser neuen Kampfansage der Nationalsozialisten mögen auch die Gerüchte über einen von dieser Seite bevorstehenden Putsch entstanden sein.

Faschistenabwehr in Wien.

Der Marktsurg hat die deutschösterreichische Industrie konfiszieren lassen. Zu dem gewaltigen Heer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter stoßen die nach dem Wiener Sanierungsabkommen von der Seipel-Regierung abgebauten Staatslohnempfänger. An alle diese Gläubiger haben sich die „Frontkämpfer“ heran und suchen sie für ihre Faschistenzwecke zu mißbrauchen. Gestohlen und eingelagerte Waffen sind genug vorhanden.

Letzten Sonntag hatten die „Frontkämpfer“ eine große Kundgebung in die (alten Parteien freisiedende) Volkshalle des Rathauses einberufen. Da die Pläne dieser Leute klar sind, berief die Sozialdemokratische Partei gleichfalls ihre Anhänger dahin. Die Polizeidirektion verbot beide Veranstaltungen, so daß die Frontkämpfer eine Anzahl Bezirksversammlungen abhielten, von denen aus sie sich „mit Waffen den Weg in die innere Stadt“ bahnen wollten. Der Kreisarbeiterrat hatte jedoch die Ordner aufgebieten, und ihr Erscheinen genügt — wo nicht, ihr Nachdruck — um die Frontkämpfer sachte zu zerstreuen.

Der Wirrwarr in Memel.

Königsberg, 18. Jan. (E.P.) Es bestehen in Memel gegenwärtig nebeneinander drei Regierungen: Erstens der Oberkommissar Petisné, welcher aus der Nordkaserne Erlasse funkt, die von niemandem beachtet werden; zweitens der Rumpstörper des alten Landesdirektoriums, dem die bisherige Beamtenschaft weiterhin Gehorsam leistet, wodurch es den stärksten Einfluß ausübt; drittens die Insurgentenregierung Simonettis, von den Freischaren geführt, die die Verwaltung allmählich zu übernehmen versucht. Vorläufig sollen Stadt- und Kreiskommandanten den Bürgermeister und die Landräte überwachen; ferner ist die Bildung einer eigenen Memeler Armee angeordnet worden.

In der Stadt sind die Geschäfte geöffnet und die Betriebe arbeiten. Die Zollgrenze zwischen Litauen und Memel hat aufgehört. Getreide, Vieh und Kartoffeln entschwänden infolge der Marktentwertung nach Litauen und die Zolleinnahmen, die einzige Finanzquelle des Memellandes, sind gleich Null. Bei Fortdauer des Zustandes werden Nahrungsmangel und Bankrott des Landeshaushalts unausweichlich werden. Auf dem stachen Bunde beginnen Räubereien und die allgemeine Desorganisation wächst langsam aber stetig. — Zwei französische Torpedoboote sind in Memel eingetroffen. Der Verkehr mit Ostpreußen ist normal.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lohnbewegung in der Berliner Metallindustrie. Eine Verständigungsmöglichkeit.

Zu einer Verhandlung des Reichsarbeitsministeriums waren die Parteien am gestrigen Donnerstag geladen. Nach mehrstündiger Verhandlung unterbreiteten die Vertreter des Reichsarbeitsministeriums den Parteien folgenden Vorschlag:

Die Spitzlöhne betragen für Klasse 1 500 M., Klasse 2 485 M., Klasse 3 470 M., Klasse 4 455 M., Klasse 5 440 M. Jugendliche Arbeiter im Alter von 14 bis 17 Jahren erhalten ein Drittel, im Alter von 17 bis 18 Jahren zwei Drittel der Zulage, im Alter von 18 bis 21 Jahren die volle Zulage. Die Frauenzulage soll erhöht werden von 8 auf 12 M., die Kinderzulage von 16 auf 24 M. Dieses Abkommen soll Geltung haben vom 15. Januar bis 28. Januar 1923.

Das Metallkartell tritt heute mittag 12 Uhr nochmals zu einer Beratung zusammen. Die Funktionäre versammeln sich abends in der Brauerei Pagenhofer, Fiedrichstraße, um zu diesem Verhandlungsergebnis Stellung zu nehmen.

Am 2. Januar ersuchte man die Metallarbeiter, auf eine Lohn-erhöhung zu verzichten mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen in Paris. Die Dezemberlöhne erreichten überdies durch das Maß dessen, was zum Lebensunterhalt notwendig sei. Am 5. Januar kam es zu einem Schiedsspruch im Reichsarbeitsministerium, der für die erste Januarhälfte eine Lohnerhöhung von 15 Proz. und für die zweite Januarhälfte bis 3. Februar eine solche von weiteren 15 Proz. auf die Löhne der männlichen Arbeiter brachte. Der Spitzlohn sollte damit für die erste Januarhälfte von 325 auf 374 M. erhöht werden, für die zweite Hälfte auf 425 M. Die Funktionäre lehnten den Schiedsspruch am 8. Januar mit großer Mehrheit ab und unterbreiteten ihn einer Abstimmung der Mitglieder, die eine Dreiviertelmehrheit für den Streik ergab. Da es den Metallarbeitern nicht um einen Streit, sondern um einen angemessenen Lohn zu tun ist, wurde im Reichsarbeitsministerium am 13. Januar erneut verhandelt. Die Vertreter des Verbandes Berliner Metallindustrieller wollten die Zulage für die zweite Januarhälfte um durchschnittlich weitere 5 Proz. sowie die Familienzulage und die Leistungszulage erhöhen. Die Funktionäre der Metallarbeiter lehnten am 16. Januar auch dieses Angebot als zu gering ab, zumal inzwischen eine weitere Verteuerung der Lebensmittelpreise eingetreten war, die nunmehr der enormen Dollarschwund entgegensteht. In dem jüngsten Vorschlag haben wir es mit dem letzten Versuch zu tun, zu einer Verständigung über die Löhne für die laufende und nächste Woche zu kommen. Der Spitzlohn ist um weitere 75 M., insgesamt um 128 M. des in der ersten Januarhälfte gezahlten Spitzlohnes von 374 M. erhöht. Da auf friedlichem Wege kein besserer Ausgleich zu erzielen ist und es fraglich ist, ob die noch bestehende Differenz zwischen Forderung und Angebot einen Kampf lohnt, zumal das Abkommen nur noch 70 Tage gültig wäre, dürfte auf Annahme des Vorschlages zu rechnen sein.

Hoffentlich schlagen die Unternehmer bei den Verhandlungen über die Februarlöhne eine andere Taktik ein als im Januar, wenn sie nicht einen harten Kampf heraufbeschwören wollen.

„Generalfreik!“

Für die deutschen Gewerkschafter ist jedenfalls die wichtigste Aufgabe dieser Stunde der Generalfreik in Deutschland. So schrieb „Die Rote Fahne“ gestern morgen wieder.

„Es lebe der Generalfreik!“ schließt „Der Syndikalist“ in einem Artikel der Beilage seiner Nr. 3, worin an die Arbeiter Frankreichs und Deutschlands appelliert wird, ihre Vorbereitungen zum sozialen Generalfreik zu treffen. „Der Generalfreik“, der Proteststreik gegen die Befehle unwillkürlich zu einer tiefen Umwälzung führen müßte, die auch mit einem Schloge von Euren allen Widersachern befreien könnte.“ (1)

Das Rezept ist sehr einfach. Es ist das Mittel der hyper-radikalen sozialen Kurpfuscher, das sie verordnen, wie für die Zwischenkriegsjahre der Auswandererschiffe Rhizinus verordnet wird. Je kleiner und verantwortungsloser diese Gruppen, desto lauter ihr „Generalfreik“-Schrei.

Die deutsche Arbeiterschaft wird es sich sehr reiflich überlegen, ob ihr ein Generalfreik helfen kann, oder ob er ihre Situation noch verschlimmert. Und sie bestimmt dann, ob und wann er unternommen werden soll. Die Generalfreik-Popogelen werden dabei nicht gefragt.

Wie der Fuchs den Enten predigt.

Bezeichnend für die Art, wie die Agrarier um die wirtschaftliche Besserstellung und um die Ausfüllung ihrer „Beute“ bemüht sind, ist die folgende

Bekanntmachung.

Infolge der vom Finanzamt und vom Versicherungsamt gleichmäßig neu festgesetzten Bewertung der Deputate erhöhen sich die Deputatswerte vom 1. Januar ab bei den meisten Deputaten etwa auf das Zehnfache. Da außerdem sowohl die Krankentassenbeiträge als auch die Invalidenversicherungsbeiträge ab 1. Januar erhöht worden sind, so haben jetzt ungefähr wöchentlich zu zahlen:

	für Krankentasse	Invalidenverf.
die versch. vollwertigen Arbeiter	720 M.	185 M.
die nicht vollwertigen Arbeiter	480	95
die Burichen	320	55
die Mädchen	200	42 1/2

Dies führt dahin, daß in dieser Woche sehr viele Leute keinen Lohn ausgezahlt bekommen, sondern daß ihr Lohnbetrag nicht annähernd ausreicht zur Bezahlung der Steuern, Krankentassen- und Invalidenversicherungsbeiträge.

Ich fühle es meinen Beuten voll und ganz nach, daß sie über diese Tatsache empört sein werden, kann es aber zu meinem Bedauern nicht ändern, da ich weder bei der Festsetzung der Löhne, noch bei der Bewertung der Deputate mitzuwirken habe, die lediglich von den in Betracht kommenden Verbänden bzw. Behörden erfolgt. Hauptgrund der Erhöhung der Bewertung der Deputate ist der Reib der Industriearbeiter und der linksstehenden Parteien darüber, daß es dem meist nicht ihrer Partei angehörenden Landarbeiter besser geht als ihnen und die in Uebereinstimmung mit dem deutschen Landarbeiterverband immer wieder verlangt haben, daß dem Landarbeiter die Deputate bis ins kleinste zum vollen Marktpreise angerechnet werden, damit er in der Steuerfrage nicht günstiger stehen soll, als der Industriearbeiter. Daß dies dahin führen würde, daß der Landarbeiter nun an Steuern und Versicherungsbeiträgen mehr zahlen muß, als er Lohn verdient, haben die Linksparteien als Urheber dieser Maßnahme entweder selbst nicht geahnt oder aber gewollt, um so die von ihnen aus Reib schon lange sehnlichst ersehnte erhebliche Einschränkung der Deputatsgewährung zu erzwingen.

Als einen gewissen Keinen Ausgleich will ich von meinen Beuten jedem Haushaltungsvorstand nachträglich zu Weihnachten drei Pfund Zucker schenken. Wenn dieser abgeholt werden kann, wird noch bekanntgegeben.

Bärfelde (Reumarf), den 6. Januar 1923.

(Unterschrift unleserlich)

Tatsache ist, daß die Versicherungsbeiträge infolge der fortschreitenden Geldentwertung, die ja auch auf die Preise der landwirtschaftlichen Produkte nicht ohne starken Einfluß blieb, in dieser Höhe notwendig sind. Weiter steht fest, daß der Gehalt der Landarbeiter, den sie außer den Deputaten beziehen, bei weitem nicht ausreicht, um die Lohnsteuer und die Versicherungsbeiträge zu zahlen.

Aus diesem Widerspruch zwischen Gehalt und geldwerten Verpflichtungen ergibt sich mit voller Klarheit, daß der Gehalt der Landarbeiter viel zu niedrig bemessen ist. Daraus folgt, daß der in Geld zu zahlende Lohnanteil erhöht werden muß und zwar nicht etwa durch Verkürzung der Deputate, sondern durch Lohnerhöhung. Wenn in diesem Falle der Arbeitgeber, um seinen Beuten kein gutes Herz zu zeigen, ihnen als nachträgliche Weihnachtsbescherung je drei Pfund Zucker gibt, so ist das ja ganz nett und mitzunehmen. Allein es ändert nichts an dem Faktum, daß der Lohn zu niedrig ist und deshalb erhöht werden muß. Bei den Preisen, die die Landwirtschaft für ihre gesamten Produkte fordert und erhält, und den sehr anständigen Gewinnen, die sie daraus erzielt, ist sie sehr wohl in der Lage, ausreichende Löhne zu zahlen. Daß die Herren schwer zu bewegen sind und lieber ein paar Pfund Zucker und dazu patriarchalische Befehle geben, ist auch den Landarbeitern bekannt. Eben deshalb gebrauchen die Landarbeiter den Deutschen Landarbeiterverband so sehr notwendig, der eben deshalb den Arbeitgebern unbehagen ist und von ihnen herabgesehen und zu verdächtigen versucht wird.

Die Landarbeiter sind jetzt glücklicherweise so weit aufgeklärt, daß sie aus solchen Fuchspredigten die richtigen Schlussfolgerungen ziehen. Sie müssen genug verdienen, um gleich allen übrigen Arbeitnehmern ihre Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge, ihre Verbandsbeiträge und all das, was sonst noch in ihrem Interesse unbedingt notwendig ist, bezahlen zu können und darüber hinaus, um Wäsche, Kleidung, Fußzeug usw. für sich und ihre Familien zu beschaffen.

Kein Landarbeiter darf sich durch demagogische Darlegungen irre machen lassen. Jeder muß in seinen Verband, den Deutschen

Landarbeiterverband, jeder muß an seinem Verband festhalten. Wenn die Geldlöhne überholt sind, muß vom Verbandsverlangt werden, daß er vor Ablauf der geltenden Lohnvereinbarung neue Forderungen stellt oder aber, falls die bestehende Lohnvereinbarung gar zu sehr durch die Preissteigerungen überholt wurde, eine nachträgliche Zulage fordert.

Wichtig, daß dann „der gute Herr“ keinen Zucker mehr verschenkt, wahrscheinlich aber, daß die Landarbeiter sich dann außer dem Zucker noch einiges andere kaufen können, das sie ebenso notwendig haben.

Verbindlichkeitsklärung des Vantbeamtentaris.

Durch Verfügung des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung ist unter dem 16. Januar 1923 das Tarifabkommen vom 8. Dezember 1922 als Nachtrag zum Reichsarbeitsvertrag vom 3. Mai 1922 für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit des Hauptvertrages vom 3. Mai 1922 und der früheren Vereinbarungen wird auf den zum ehemaligen Abstimmungsgebiet gehörigen Teil Deutsch-Ober-Schlesiens ausgedehnt.

Eisenbahnbeamtentagung in Dresden.

In einer am Sonntag von der Bezirksleitung Sachsen des Deutschen Eisenbahnerverbandes nach dem Ausstellungspalast einberufenen Bezirksbeamtenkonferenz der ehem. sächs. Eisenbahnbeamten sprach Ministerpräsident Buch über die Stellung des Beamten in der Republik. Nach dem mit sehr reichem Beifall aufgenommenen Vortrag gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der die ehem. sächsischen Eisenbahnbeamten des Deutschen Eisenbahnerverbandes an die gesamte deutsche republikanisch gestimmte Beamtenschaft appellierten, über alle wirtschaftlichen Sorgen und Gruppenwünsche hinaus das große Ziel einer starken Einheitsbewegung im Auge zu behalten und im Streben um die Festigung der deutschen Republik sich die Hand zu reichen, damit ein festes Bollwerk sich bilde, an dem alle dem republikanischen Gemeinwesen feindlichen Strömungen gescheitern.

Die von 280 Delegierten aus allen Teilen Sachsens besuchte Konferenz, die über 18 000 Eisenbahnbeamte und Hilfsbeamte vertreten, hatte sich in der Hauptsache mit den Ausführungen des ersten Verbandsvorsitzenden Franz Schöffel und des Leiters der Hauptbezugsabteilung Berlin, Erich Praywitz, zu beschäftigen. Nach einer regen Aussprache stimmte die Konferenz in einstimmiger Entschließung den Ausführungen der Referenten Schöffel und Praywitz vollinhaltlich zu und bekannte sich zu dem Grundgedanken, daß zur wirksamen Interessensvertretung der Beamten und Arbeiter der Reichsbahn in wirtschaftlicher, sozialer, sozialer und beruflicher Beziehung eine einheitliche, in zweckmäßiger Weise ausgearbeitete, organisch gegliederte alles umfassende gewerkschaftliche Organisation unentbehrlich ist.

Die Konferenz gelobte durch systematische Auffklärung und kollegiales Zusammenarbeiten mit den Kollegen der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter den Gedanken der Einheitsorganisation zu fördern und zu verwirklichen. Der Vertreter der Landesstelle Sachsen der Reichsgewerkschaft, Schulze-Dresden, erklärte, daß es höchste Zeit ist, diesen einheitlichen gewerkschaftlichen Nachhaken für die gesamten Eisenbahner zu bilden. Die Konferenz begrüßte auch die zwischen dem ADGB, der AFA und dem ADV zustande gekommenen Organisationsverträge und erklärte, mit allem Eifer an dem Ausbau des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes in Sachsen mitzuwirken.

Die Löhne der Heizer und Maschinen. Die Löhne der Arbeiter in Elektrizität, Gas- und Wasserwerken der Provinz Brandenburg betragen in den Gruppen 1 bis 5 450-205 M. für Unberbeitete, steigen für Berbeitete mit zwei Kindern bis auf 480-335 M. für die Zeit vom 3. bis 16. Januar. Für die Zeit vom 17. bis 30. Januar betragen sie für dieselben Gruppen und Kategorien 510-340 M. und 550-380 M.

Deutscher Bauernverband, Bannverband Berlin. Sonntag vormittag, zwischen 10 und 12 Uhr, findet in dem bekannten Abstimmungslokal über die Vereinbarung der beiderseitigen Tarifkommission eine Urabstimmung statt. Wir bitten, die Annonce in der Freitag-Morgenausgabe zu beachten. Der Vorstand.

Beleggruppe des ADGB (1923). Morgen, Connabend, Sitzung im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 16, Zimmer 6, um 7 Uhr. Die früheren Mitglieder der Kreise Lehrer-Gewerkschaft treffen sich dort bereits 2 Stunden vorher zu einer wichtigen Besprechung.

Schönung, Buchhandel. Versammlung der Vortheiler und Reder des Berliner Buchhandels am Sonntag, 9. Uhr, in der Schützen, Schützenstraße. Die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs. Jeder Betrieb muß vollständig vertreten sein. Die Gruppenleiter.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schill, Berlin; für Anzeigen: Ed. Glöck, Berlin. Verlag: Formschön-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formschön-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Dersa 1. Blatt.

Theater, Lichtspiele usw.

- Opernhaus**
7 1/2 Uhr: Der Troubadour
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Polterabend
Das Fest der Handwerker
- Komödienhaus**
7 45 Uhr: Erdgeist
Schauspielhaus
Morg: Kameraden
- Deutsch. Theat.**
7 1/2 Uhr: Kabale u. Liebe
Schauspielhaus
Kaiser
Karl Geisel
- Kammerspiele**
8 Uhr: Timotheus
in Hagran
Schauspielhaus
Das Glas Wasser
- Gr. Schauspielh.**
(Karlstraße)
7 1/2 Uhr: Die überliche
Jungfrau
Schauspielhaus
Die überliche
Jungfrau
Schauspielhaus
Schauspielhaus
Schauspielhaus
- Königsplatz, Str.**
8 Uhr: Savonarola
Schauspielhaus
Schauspielhaus
- Berliner Th.**
7 15: Madame
Schauspielhaus
Schauspielhaus
- Pompadour**
Hilde Wörner, Robert, Wirt, Haskel.
Schauspielhaus
- Metropol-Variete**
Schauspielhaus
Schauspielhaus

Der orientalische Drunkfilm

Tausend und eine Nacht

(Ermoloeff. Film der Wiking. Film A. S.)

Regie: M. Tourjanoff

Uraufführung 19. Januar

Primus-Palast

National-Film-Verleih

Komische Oper
Europa spricht davon
Schauspielhaus

Wandhalla-Th.
Die schwarze Rose
Schauspielhaus

Variete
Schauspielhaus

Deutsch. Opernhaus
Abends 7 1/2 Uhr:
Cyprien Olegin
Große Volksoper
in Theater d. Westens
7 1/2 Uhr: Fiddlers
Intimes Theater
7 1/2 Uhr: Mit uns und
mit Senta Söneland
Lustspielhaus
8 Uhr: Der Mustergatte
mit Max Adamer
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: New York-Berlin
8 1/2 Uhr: Die Bajadere
Neues Opern.-Th.
7 1/2 Uhr: Heirate deine Frau!
Neues Th. am Zoo
7 1/2 Uhr: Das Silber
Dorine u. der Zwill
Neues Volksoper
7 1/2 Uhr: Sardanapal
Renaissance-Theat.
7 1/2 Uhr: Die Juden
Schiller-Th. Charl.
8 Uhr: Rose Bernd
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Ein Jahr
ohne Liebe
Th. a. Holländ. Pl.
7 1/2 Uhr: Dein Mand...
7 1/2 Uhr: Voller
7 1/2 Uhr: Legend
eines Lebens
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Der Bühne
Schwimmer

Hausball bei Raffke

Der diesjährige Ball der Karikaturisten am 20. Januar in den Gesamträumen der Philharmonie
Lied: Philharmonie 11-5
wo Einladungen und Künstlerkarten abzuholen sind.
Keine Abendkasse!

zugunsten der Bedrängten des Ruhrgebietes

Theater des Ostens
(Kreuz-Theater)
7 1/2 Uhr: Florians Hochzeit
Central-Theater
7 1/2 Uhr: Z. 1. Male: Die Nacht der Finsternis
7 1/2 Uhr: Der gestohlene Kaktus

Retchenstein-Th.
Abends 7 1/2 Uhr: Sings
nachdem 3 Uhr
habe Preise
STETTNER
Säng.
Säng.
Säng.
Säng.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Z. 1. Male: Die Nacht der Finsternis
7 1/2 Uhr: Der gestohlene Kaktus

Der Biene Vogel
Gottstraße 9
Notendruck 1013

Abendlich
Das 3. Programm

Circus Busch
1. P. 8. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Arnold Rieck
Melitta Klefer
4. 11. Januar.
Programm.
4 1/2 Uhr: Nacim.
Vorstellungen

Möbel
noch billig gegen bar u. Teilzahlung
Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer
in groß. Auswahl
Ferner:
Einzeln. Möbel,
farbige Küchen,
Lohnarbeiten,
Parfömen u. Dekor.
gegenstands.
M. Beiser
Luthstraße 51r. 67

Hausball bei Raffke

Der diesjährige Ball der Karikaturisten am 20. Januar in den Gesamträumen der Philharmonie
Lied: Philharmonie 11-5
wo Einladungen und Künstlerkarten abzuholen sind.
Keine Abendkasse!

zugunsten der Bedrängten des Ruhrgebietes

Casino-Theater
Höllers Prinzadchen
2 Febr. z. 1. Mal:
Z. 1. Malen Kakadu

Alt-Metall-Ankauf
zu hoch. Preisen
Carow, Reckhila
Jonasstr. 68
an der Bergh.
2. Malen vom
Schauspielhaus

Uraufführung
Tausend u. e. Nacht
Ferner:
Ei-Ei
Wissenschaftliches u. Scherz.
häftes vom Ei
Sonntag 7 1/2 Uhr
Schauspielhaus

2000
modernte
ech. Siebel (L. Ang.
ein-
Möbel
Preiswert und gut
18 Barthel
Schauspielhaus

Deutscher Bauernverband
Bannverband Berlin
Hauptung:
Am Sonntag, den 21. Januar etc.
vormittag von 10-12 Uhr, findet in
dem bekannten Abstimmungslokal über
die Vereinbarung der beiderseitigen
Tarifkommission eine Urabstimmung statt.
Wir bitten, die Annonce in der
Freitag-Morgenausgabe zu beachten.
Der Vorstand.

Spektakel v. 19.-21. 1. 23.

FA LA T A. ZOO
Der Steinach-Film
FAUENZIEN FALA T
Unter Wilden und
wilden Tieren

**U. T. KURFÜRSTEN-
LAMP**
Von 19. 1. bis 21. 1. 23.
Kometenland
Von 23. 1. bis 25. 1. 23.
D. steinachs Reller

MOZARTSAAL
Lola Montez

U. T. NOLLENORFFL.
Der Liebe Pilger-
fahrt

KAMMERLICHTSP.
Der Rhein

FRIEDRICHSTRASSE
Chaplin-Weeks

U. T. ALEXANDERPL.
Maelste im
falschen Verdacht

Kapital und Gelb

U. T. WEINBERGSWEG
Von 19. 1. bis 21. 1. 23.
Sterbende Völker
I. Teil

U. T. SCHÖNEBERG
Von 19. 1. bis 21. 1. 23.
Halle, mein Junge!
Von 23. 1. bis 25. 1. 23.
Der Liebe Pilger-
fahrt

U. T. HA-FRNEIDE
M. S. Recke-feller
I. Teil

B.T.U.
Vordamm-Str. 4
Der Graf von
Monte Christo
4. Teil
Turnstr. 12
Der Hilde Preiser

**Elite-
Sänger**
Schauspielhaus

Stroßf. Ruff. Pl. u. S.

Die Kadaververwertung der Großstadt.

Fleischpulver und hochwertiges Fett als Nutzkprodukte.

Eine Riesengroßstadt wie Berlin fordert täglich ihre Opfer. Auch die Tierwelt ist daran beteiligt. Pferde fallen, Hunde werden überfahren. Hier werden Tiere krank und müssen getötet werden, dort sterben sie, bevor man die Krankheitsursache ergründet hat.

Der Transport.

In früherer Zeit befand sich diese Anstalt, die „Abdecker“ hieß, im Norden der Stadt, gegenüber den „Kehbergen“. Das Gelände, etwa 2 1/2 Hektar groß, war als fiskalisches Besitz verpachtet. Als im Jahre 1903 der Pachtervertrag ablief, beschloß die Stadtbehörde, die Anstalt, deren Einrichtung unterdessen völlig veraltet war, eingehen zu lassen.

In den Riesenöfchern.

Ein Kran hebt die Konfiskationskästen, in denen sich die Fleischteile befinden und schüttet ihren Inhalt in die Extraktions- und Trocknaparate, von denen acht vorhanden sind. Eine Siebtrommel, die im Extraktor eingebaut ist, nimmt das Material auf. Ist die Trommel, die etwa 50 Zentner fassen kann, gefüllt, wird der Apparat geschlossen. Wasserdampf von etwa vier Atmosphären Spannung dringt durch die Trommellöcher und führt zur Entwässerung und Entfettung des Fleisches.

Seite“, um ihre Kleidung anzuziehen. Solen mögen glauben, daß in der Fleischverwertungsanstalt „ein ganz fürchterlicher Geruch“ herrschen müsse. Nichts von alledem! Luftpumpen sind an der Arbeit, um die Dämpfe abzuführen und mit kaltem Wasser niederzuschlagen.

Die Fettflüche.

Drei mächtige Fettlärgeße stehen bereit, um das Fett aus den Fettabscheidern aufzunehmen. Auch in diesen Gefäßen lagern am Boden Heizschlängen, die das Fett zusammenschmelzen und reinigen. Schweinefett, die besonders gefocht werden, liefern das beste Fett.

Im Maschinenhause arbeitet eine achtzylinderige Ventilmaschine, die für den Antrieb sämtlicher Apparate, Pumpen und Maschinen zu sorgen hat. Ein Dynamo deckt den nötigen Lichtbedarf. Zwei Pumpen befördern die Abwässer aus der Sammelgrube auf die naheliegenden Rieselfelder.

Bei den Krebsen.

Krebsartige Tiere haben von jeher zu den interessantesten Erscheinungen in unserem Aquarium gehört und sind auch jetzt noch in den verschiedensten Formen reich vertreten. Die Süßwasserräume weisen unseren biedereren Besuchern auf, der in besseren Zeiten in den Monaten ohne r zu den beliebtesten Vorkommen gehörte.

von beträchtlicher Größe. Der eine zeigt eine dunkelblaue Färbung, wie sie sich auch bei unseren gewöhnlichen Hummern hin und wieder angebeutet findet. Weit befremdlicher wirkt die Farbe des anderen, geht sie doch ins Rot über, das wir sonst bei solchen Tieren nur in gefochtem Zustande kennen.

Dreizehn auf einen Schlag.

Festnahme einer Mord- und Räuberbande in Zehdenick.

Ein großer Schlag ist der Berliner Kriminalpolizei in Zehdenick, einem kleinen Landstädtchen im Kreise Templin, gelungen. Bis vor etwa einem Jahre herrschte in diesem kleinen Orte Ruhe und Frieden. Dann aber meldete die Lokalkronik Tag für Tag neue Einbrüche und Gewalttaten.

In kurzer Zeit hatten sich diese Gelegenheitsdiebe zu schwer bewaffneten Eindringern entwickelt, die selbst Menschenleben nicht achteten, um zu ihrem Ziele zu gelangen. Etwa 200 Einbrüche und zwei Morde dürften auf das Konto dieses Eindringers-Konzerns zu setzen sein. Bisher konnte 48 Geschädigten ihr Eigentum wieder ausgehändigt werden.

Mordprozeß Reifer.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Vernehmung wurde die von Rechtsanwältin Bahn namhaft gemachte Zeugin Emilie Abroweit vernommen. Es stellte sich heraus, daß die Zeugin gar nicht diejenige gewesen ist, die die angeblichen Verurteilungen über die Mörder des Reifer getan hat, sondern es sich um ihre Schwester Emma handelte.

(Nachdruck verboten. Des Wolff-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

14] Von John dos Passos. Aus dem amerikanischen Manuskript Übersetzt von Julian Gumpers. Von unten kam der üble Geruch des unteren Decks. „Ich werde das Dings schon runterbringen, brauchst dich nicht drum zu kümmern,“ sagte er zu dem anderen Mann.

„Sag, Fred, wenn ich . . . wenn ich . . . Wenn du gerettet wirst und ich nicht, wirst du es meinen Leuten mitteilen?“ „Natürlich. Aber ich glaube, wir werden dann beide zusammen erlaufen.“

II. Das Metall kühlt aus.

Vor dem Fenster lag purpurne Dämmerung. Regen fiel unaufhörlich in langen, hellen Streifen auf die gepflasterten Scheiben und machte ein hartes, monotones La—so auf dem Zinddach oben. Fuselli hatte seinen Regenmantel ausgezogen. Er stand am Fenster und schaute mühsam auf den Regen.

„Mensch, ich bin ein Döse,“ sagte er. „Warst du auch da? Wo hast du deine bekommen?“ „Im Bein. Ist aber fast wieder in Ordnung.“ „Ich werde nie wieder in Ordnung kommen. Der Arzt sagt, ich sei wieder gesund. Aber ich bin's nicht. Dieser verdammte alte Rarr!“

(Fortsetzung folgt.)

Internationale Arbeitslosigkeit und deutsche Konkurrenz.

In rasenden Sprüngen geht der Dollar in die Höhe. Dabei ist — wie meist in den Zeiten völliger Unklarheit — der Umfang an fremden Zahlungsmitteln an der Börse sehr gering. Unterrichtet blinder Blinder wollen wissen, daß selbst Reichsstellen, vor allem die Reichsbahnverwaltung, als Käufer von Devisen auftreten. Wenn das zutreffen sollte, so muß diesem uneinseitigen Vorgehen amtlicher Organe am freien Markt ein Riegel vorgezogen werden. Das Reich hat jetzt, in der Zeit drohender Not, mehr als jemals Anspruch auf die durch deutsche Arbeitskraft gewonnenen fremden Zahlungsmittel. Sache des Reiches ist es, dafür zu sorgen, daß nun auch diese Devisen in die öffentliche Hand kommen, ohne daß die Verwaltungsinstanzen an den Markt herantreten und die Kurse in die Höhe treiben.

Die Leuerung marschiert in einem Tempo, daß sich die Gewerkschaften zu neuen ernsthaften Vorstellungen bei den zuständigen Stellen veranlaßt gesehen haben. Aber auch beim Wareneport merken sich wieder die alten, bei jedem Marksturz wiederkehrenden Probleme auf. Die Warenausfuhr eröffnet ungeheure Gewinnmöglichkeiten. Die Ausfuhrabgaben aber, die einen Teil der Balutagewinne der Reichsstafte zuführen sollten, sind erst kürzlich abgebaut worden. Es ist, nachdem der Dollar mehr den doppelten Stand der vorigen Woche und mehr als die dreifache Höhe vom Monat Dezember erreicht hat, wirklich Zeit, daß man die Exportabgaben nun auch wieder erhöht. Das ist auch zur Stärkung der Kampfstellung gegenüber Frankreich, in der wie uns nun einmal befinden, erforderlich. Mit größtem Geschick hat Frankreich die Tatsache, daß Deutschland infolge seines Balutadefizits einen Schuttschlepptransport ausübt, für seine Propaganda in England nutzbar gemacht. Man sagte, die Konkurrenz der deutschen Industrie ist schuld daran, daß heute 1 1/2 Millionen englischer Arbeiter beschäftigungslos sind, daher habe auch der englische Arbeiter ein Interesse, Deutschlands wirtschaftliche Macht für ewig zu brechen. Diese im Dienste der Vernichtung statt des Wiederaufbaus benutzten Argumente können vor einer wirtschaftspolitischen Kritik keinen Augenblick bestehen.

Vor dem Kriege war Deutschland der größte Abnehmer englischer Produkte. Durch seine Ausschaltung bzw. Vernichtung würde es aufhören, als Käufer aufzutreten sowohl in England wie auch in anderen Ländern.

Die Geldentwertung schafft immer nur für eine Weile günstige Bedingungen für den deutschen Export. Werden diese entweder durch die Stabilisierung der Mark oder aber auch ohne diese infolge des vollständigen Zusammenbruchs der Währung nicht mehr vorhanden sein, so wird auch der Besprung der deutschen Industrie bald verschwinden. Es kann dauern und deshalb nicht bestehen, weil hierzu die natürlichen Bedingungen fehlen. Deutschland verfügt nicht mehr über die notwendigen natürlichen Ressourcen (Kohle, Erze usw.), hat keine Kolonien für Rohstoffbeschaffung, bezieht seine Einkünfte von ausländischen Kapitalanlagen, von der Seeschifffahrt, und indem es als Finanzmacht nicht mehr existiert, hat es kein Einkommen als Weltbankier. Da die Auswanderung deutscher Arbeitskräfte unterbunden ist, kann es keine namhaften Gelder der Auswanderer in die eigene Volkswirtschaft hineinbringen. Aus allen diesen Gründen wird Deutschland nicht die nötigen Kapitalien haben, um seine Industrie übermäßig zu entwickeln. Die Angst vor einer riesigen Entwicklung der deutschen Industrie ist für die Zukunft also vollkommen haltlos; unsere Produkte könnten immer nur einen verhältnismäßig geringen Teil des Weltbedarfs decken.

Die einzige Möglichkeit dafür, daß die deutsche Konkurrenz tatsächlich schädlich für die Arbeiterschaft anderer Länder sein könnte, läge in der Befolgung der bisherigen Reparationspolitik. Wenn nämlich der deutsche Arbeiter Sklavensarbeit verrichten muß, schlechter bezahlt wird und länger arbeitet als die Arbeiterschaft in anderen Ländern, wenn die deutsche Volkswirtschaft ihre Waren unter den Herstellungskosten selbstkosten muß, um ihr Leben zu fristen, (zu den Herstellungskosten gehört in erster Linie die Arbeitskraft, die jedoch infolge der schlechten Entlohnung und der dadurch hervorgerufenen Unterernährung sich nicht wiederherstellen kann) — so wird die billige deutsche Arbeit ebenso wie die billige Kullarbeit der Chinesen für eine Gefahr für die Industrien anderer Länder werden. Solange die deutsche Arbeiterschaft nicht durch Unterernährung und Überanstrengung verflummt!

Es ist nicht einmal wahr, daß der Marksturz allein die Ursache der Arbeitslosigkeit in den europäischen Ländern und Amerika gewesen sei. Die Wirtschaftskrise entstand ganz unabhängig von der deutschen Inflationskrise. Ihre Gründe liegen in dem Krieg, als mächtige neue Industriezweige überall entstanden, welche mit der Zeit in Stockung geraten mußten; in der Verschleppung des Verhältnisses zwischen den einzelnen Industriezweigen, in der Barmarkung großer Wirtschaftsgebiete, welche als Käufer ausgeschaltet wurden, in der falschen Verteilung der Einkommensverhältnisse, die einer Schmälerung der in der Welt vorhandenen Kaufkraft gleichkommt usw. Da aber die Weltwirtschaftskrise einmal vorhanden und die Nachfrage nach Waren am Weltmarkt bereits eingeschränkt war, konnte die infolge der schlechten Baluta billige deutsche Ware diese Nachfrage befriedigen. Sobald aber die Weltwirtschaftskrise behoben ist, und dazu gehört in erster Linie die Sanierung der deutschen Wirtschaft, wird der Anteil der letzteren bei der Weltversorgung nicht größer sein als zuvor.

So richtet sich die französische Beweisführung von selbst. Es ist aber nicht zu verkennen, daß die Aussichten einer derartigen Propaganda sehr begünstigt werden, wenn riesige Balutagewinne und Schleudereport bestehen. Daher ist es aus außenpolitischen Gründen geboten, die Ausfuhrabgaben zu erhöhen. Hinzu treten die Gründe der inneren Wirtschaft. Undenkbar ist es, daß ein Teil des Volkes Balutagewinne erzielt, während der größere einer Zeit schwerster Leiden entgegensteht. Hier gilt es, scharf einzugreifen. Denn eine Erhöhung der Exportabgabe ist nur dann möglich, wenn die Spannung zwischen Inlands- und Auslandspreisen der Weltmarktpreise wieder erreicht, so ist es zu spät, weil dann auch die Balutagewinne unmöglich sind. Keinesfalls aber darf man die Dinge teilnahmslos geben lassen und sich mit Appellen an den guten Sinn der Unternehmer begnügen, derselben Unternehmer, die bisher den Beweis ihrer Opferwilligkeit durch Taten nicht erbracht haben.

Das Goldzolkaufgeld beträgt vom 24. bis einschließlich 30. d. M. 222 900, vorige Woche 184 900 vom Hundert.

Standard Oil verteilt eine Dividende von 400 Proz. Die große amerikanische Petroleumgesellschaft Standard Oil Company läßt ihren Aktionären in diesem Jahre eine Dividende von 400 Proz. verteilen. Die Ausschüttung erfolgt in der Form von Gratisaktien. In den Vereinigten Staaten wird nämlich dieses Vorgehen, die Ausübung von sogenannten Bezugsrechten, ebenfalls als Dividendenverteilung bezeichnet. Dies ist vollkommen richtig, weil die Gratisaktien in der Tat nichts anderes sind als Dividenden. Wenn man sie von der eigentlichen Dividende trennt, wie dies in Deutschland der Fall ist, so schiebt dies in erster Linie nur, um die wirkliche Höhe der Profite vor der öffentlichen Meinung, besonders vor der Arbeiterschaft, zu verschleiern.

Devisentaxe. In unserer geliebten Kolonie sind zu betriebligen: Der Geldkurs des französischen Franken 1926,17; 100 österreichische Kronen abgibt 80,92 Geld, 81,08 Brief; ferner sind nachzutragen: 1 ung. Krone 8,42 Geld, 8,48 Brief, 1 jugoslawischer Dinar 150,60 Geld, 160,40 Brief. 100 Polenmark galten im freien Verkehr etwa 62 Mark.

mit der Mordtat in irgendeiner Weise in Verbindung steht. Zeuge Stanzel; Weder direkt noch indirekt.

Nach der Vernehmung des Zeugen Stanzel entstand eine recht gründliche Auseinandersetzung zwischen der Verteidigung und dem Staatsanwalt. Rechtsanwalt Frey erhob gegen die nachträgliche Vernehmung des Zeugen Stanzel scharfen Widerspruch und beantragte im Anschluß daran die Ladung eines gewissen Guttmann, der sich gegenwärtig in Wien aufhalte, als Zeuge dafür, daß er am Abend des Mordes zwischen 7 und 8 Uhr bei Reicher gewesen sei und die Täter kenne. Es sei auch nicht ausgeschlossen, daß er selbst an der Tat beteiligt sei. Staatsanwalt Drimann (erregt): Der Verdacht gegen Guttmann ist nicht ausreichend, um ein Auslieferungsverfahren einzuleiten. Ein früherer Arbeitgeber des Angeklagten Selzer, der Zeuge Sellisch, bezeichnete den Angeklagten Selzer als einen feigen Menschen. Aus der Vernehmung der Zeugin Zent, auf die die Verteidigung schon in allen bisherigen Verhandlungen großes Gewicht gelegt hatte, wäre hervorzuheben, daß Selzer einmal mit einer gewissen Ludovica Kleemann bei ihr unangemeldet gewohnt hat, und zwar unter dem Namen Berger und Frau. Die Verhandlung wurde nach der Vernehmung der Zeugin Zent auf heute 9 1/2 Uhr vertagt.

Die Umstellung des Straßenbahnverkehrs.

150-180 Millionen Ersparnis im Monat.

Zur Besserung der Wirtschaftlichkeit der Berliner Straßenbahn werden eine Reihe Maßnahmen geplant. Aus dem vom Verkehrsamt aufgestellten Entwurf haben wir bereits gestern morgen das Wichtigste mitgeteilt. Nähere Erläuterungen gab Stadtkaufmann Adler gestern nachmittags in einer Besprechung mit Vertretern der Presse.

Die durch anderwärts Erhöhungen der Materialpreise und der Löhne bewirkte außerordentliche Steigerung der Unkosten kann durch Tarifserhöhungen allein nicht ausgeglichen werden. Gegenüber der Zeit vor dem Kriege ist bisher der Tarif auf das 100fache, die Ausgaben aber auf das 170fache gestiegen. Die Versuche zu Ersparnissen im Betrieb haben in technischer Hinsicht schon Erfolge gehabt; beispielsweise werden durch die erreichte Sparjamkeit im Stromverbrauch monatlich 65 Millionen Mark gewonnen. Richtig wäre noch Umbau der alten kurzen Wagen in längere und Vereinfachung der Bremsen. Könnte dafür eine Milliarde Mark in den Betrieb hineingesteckt werden, so wäre nach Adlers Ansicht eine Ersparnis von 300 Millionen Mark im Jahre zu erwarten. Auch zu einem umfangreichen Güterverkehr, der Ertrag verspricht, ist Anlagekapital nötig, weil Gleisanschlüsse gebaut und Wagen beschafft werden müssen. Einstweilen will man, um Ersparnisse auch in verkehrlicher Hinsicht zu erzielen, eine Umstellung des Straßenbahnverkehrs durchführen. In der Hauptsache läuft sie auf die von uns schon bekanntgegebene „Vereinbarung“ der Linienführung hinaus. Manches mag vom Standpunkt des auf die Benutzung der Straßenbahn angewiesenen Publikums eine Verschlechterung sein, zum Beispiel die Linienverlängerungen und gar die Linienentziehungen. Aber es fehlt auch nicht an Maßnahmen, die zweifellos eine Verbesserung auch für die Bevölkerung sind. Für unbrauchbar hält man den Vorschlag, das Berliner System der langen Durchgangslinien aufzugeben und kurze Linien mit allgemeinem Umsteigeverkehr zu schaffen. Für die dazu erforderlichen Regelanlagen, die dann an vielen Berührungspunkten der Stadt erst noch zu bauen wären, müßten Milliarden aufgewendet werden, da ein Kilometer Gleisbau schon 300 Millionen kostet. Das Verkehrsamt glaubt, hiernach an dem Berliner System festhalten zu müssen; doch sollen auch die Vorteile des Umsteigesystems ausgenutzt werden. Unter den Verkehrsverbesserungen dürfte die

Verdichtung des Fahrabstandes

sehr willkommen sein. Geplant ist eine Verdichtung von 10 auf 7 1/2 Minuten für die Linien 1 und 32, von 20 auf 15 Minuten für die Linien 62, 162, 38, 65, 70, 73. Künftig soll es nur Fahrabstände von 7 1/2, 15 und 30 (in Vororten) geben, damit die mit vielen Linien belegten Straßen einen gleichmäßigeren Verkehr erhalten. Durch die beachtliche Verschmelzung von Linien wird die Zahl der langen Durchgangslinien sogar noch vermehrt werden, sicherlich zur Befriedigung der Gläubigen, die davon profitieren können. Folgende fünf Linien sollen eingerichtet werden: Wiebelsstraße—Hermannstraße aus 11 und 19; Sophienstraße—Tunnenstraße (Strosau) aus 13 und 90; Gohrdowstraße—Reinholdsdorfer Rathaus aus 17 und 108; Charlottenburg—Bornholmer Straße aus N und 54; Wilmersdorf—Trepower (Graschstraße) aus G und 16. Bei diesen Verschmelzungen fallen natürlich Teile der zu verschmelzenden bisherigen Linien weg, was den begreiflichen Verdruß derjenigen erregt wird, die darunter leiden. Der Straßenver sprengel wird ganz außer Betrieb gesetzt. Umstellungen von Linien sind an mehreren Stellen beabsichtigt. Beispielsweise soll geführt werden: der Stadtring 1 vom Rosenfelder Platz über Invalidenstraße und Stettiner Bahnhof zum Driemenburger Tor, der Ost ring 9 von der Blücherstraße über Kollwitzes Tor nach der Lindenstraße.

Veränderungen

sind geplant für neun Linien, A, B, für 69 bis Lichtberg, Sudringstraße; für 70 bis Tempelhofer, Friedrich-Rail-Straße und bis Frankfurter Allee; für 93 bis Köpenicker Bahnhof und bis Amtsgericht Cbo-Lichtenberg; für 57 bis Wilmersdorf, Emser Platz. Bei Linie 57 wird ein Anschluß betriebsverfäht, der für das Endstück Emser Platz bis Rosened den Übergang auf einen Einmannwagen ohne Fahrpreisverhöhung ermöglicht. Einmannwagen sind ferner vorgesehen für die Linien 6, 20, 83, 84, 88, 153, 5.

Infolge dieser Maßnahmen sollen fortfallen die Linien 2, 12, 35, 48, 59, 61, 67, 77, 80, 89, 144, was vielen keine Freudenbotschaft sein dürfte. (Für 48 sollen in der Hauptverkehrszeit Einmannwagen 47E zwischen Neutölln und Bankow bzw. Nordend laufen.) Fünfzehn Streckenabschnitte in verschiedenen Gegenden von Groß-Berlin, zusammen 26 Kilometer, sollen ihren Straßenbahnverkehr ganz einbüßen und außer Betrieb gesetzt werden. Von den gesamten Maßnahmen wird eine Ersparnis von 150 bis 180 Millionen im Monat erwartet.

Ueber das ganze Projekt wird es voraussichtlich in der Öffentlichkeit noch lebhaft Diskussionen geben. Zunächst ist es den Bezirksämtern zur Prüfung zugegangen. Der Gedanke des Teilsprezentarifs, von dem mancher eine Sanierung der Straßenbahn erwartet, dürfte neue Nahrung gewinnen. Wier streifte kurz auch die bisherigen Wirkungen des Teilsprezentarifsversuchs, bei dem auf den Verkaufstreden die Einnahme um 16 Proz. geringer als mit dem einheitlichen 70-Mark-Tarif gewesen sein sollen. Zur Verbilligung will man eine Wochentarte für das ganze Reich mit 20 Proz. Ermäßigung einführen.

Um die Versicherungsprämie.

Eine „Wasserpantomime“ und ein falscher Loter.

Ein mit außerordentlichem Raffinement ausgeführter Versicherungsbetrug bildete den Gegenstand einer Verhandlung, die gestern das Schöffengericht Berlin-Witte beschäftigte. Die auf Betrug lautende Anzeige richtete sich gegen den Kommissionär Max Handke, dessen Ehefrau, ferner den Kaufmann Schmehl und dessen Braut, die Verkäuferin Elise Hoffmann.

Der Angeklagte Handke schloß im Frühjahr 1921 mit der „Providentia“-Versicherungsgesellschaft eine Lebensversicherung zu Gunsten seiner Frau über 400 000 Mark. Seine Absicht ging dahin, die Gesellschaft um diese Summe zu betrügen. Er inszenierte in Gemeinschaft mit dem Angeklagten Schmehl eine Art Wasserpantomime. Die beiden fuhren nach Hamburg und nahmen dort in dem Freibad Wittenberge Wohnung. Eines Tages schwammen beide bis an die Spitze einer Röhre bei Blantensee hin. Dort verließ Handke Schmehl plötzlich in der Röhre. Schmehl schloß die Röhre mit einem Schloß, das Handke mit dem Schlüssel mit Wasser gefüllt war. Handke, der die Röhre

der Schwimmer und Taucher M. war um die Röhre herumgeschwommen und an der anderen Seite wieder an Land geleitet. Er hatte sich vorher mit den dort verdeckten anderen Kleidungsstücken angekleidet und war dann schleunigst verschwunden. Die Ehefrau erhielt eine Todesanzeige, in welcher sie den Verlust ihres „unvergesslichen teuren Gatten“ beklagte. Gleichzeitig aber auch verlangte sie von der Versicherungsgesellschaft die Auszahlung von 400 000 M. Versicherungssumme. Die Gesellschaft war jedoch vorsichtig und verlangte erst den Totenschein zu sehen. Während die Ehefrau des Angeklagten sich hierum bei dem Amtsvorsteher in Wittenberge bemühte, wurde der angeblich Tote zufällig in Breslau gesehen, wo er sich bei seinem Vater aufhielt. Die Folge war die heftige Anklage wegen Betruges. Vor Gericht machte Justizrat Groh für die Eheleute Handke geltend, daß sie sich seinerzeit in einer furchtbaren Notlage befunden hätten. Das Gericht erkannte gegen die Eheleute Handke auf je drei Monate Gefängnis unter Anwendung einer Bewährungsfrist. Schmehl wurde aus 51 freigesprochen, und dementsprechend auch die Angeklagte Hoffmann.

Falsches Maß und Gewicht.

Infolge einer Anzeige sind bei der in der Baumshulenstr. 81 in Baumshulener delegierten Verkaufsstelle der Reußlin-Treptower Großhandels-Gesellschaft, die sämtliche Treptower Verkaufsstellen im Frühjahr von der Gemeinde käuflich übernommen hat, drei Wagen beschlagnahmt worden. Es ergab sich, daß eine im Jahre 1920 geachtete Dezimalwaage, auf der auch die Waare für andere Füllungen abgemessen wurde, infolge Herausnehmens von Eisenstücken 550 Gramm zu wenig angezeigt. An einer 1922 geeichten, hauptsächlich zum Wiegen von Zucker und Kartoffeln benutzten 15-Kilogramm-Waage war unter der Schale mit Draht eine 55 Gramm schwere Eisenkugel befestigt. Die dritte Waage, ständig für Zucker und Mehl benutzt, hatte eine Schale aus Holz, die 70 Gramm zu wenig wiegte. Die Verkäuferinnen mußten das Fehlgewicht mit Pappdeckeln ausgleichen haben, wobei aber in einer noch eine Differenz von 5 Gramm blieb. Durch alle diese Betrügereien, die nach dem Befunde schon lange verübt sein müssen, sind die Kunden sicher um viele Hunderttausende geschädigt worden. Wer den Betrug veranlaßt und den Gewinn eingestakt hat, steht noch nicht genau fest. Bei ordnungsgemäßer Geschäftsführung und häufigerer Nachprüfung der Waagen hätte die Direktion der Großhandels-Gesellschaft den Betrügereien längst auf die Spur kommen müssen. Die heftige Fiskalleiterin ist erst seit dem 27. Dezember 1922 im Betriebe.

Zum Bezirksbürgermeister von Köpenick wurde bei der gestrigen Wahl der unbedeutende Stadtrat Robert Kahl mit 18 Stimmen gewählt. Der bürgerliche Gegenkandidat, der Charlottenburger Stadtrat Klug, erhielt 15 Stimmen.

Der Amerikaner-Mord in der Banquetter Straße. Die Leiche des ermordeten und beraubten Kaufmanns Kowal wurde gestern im Charlottenburger Schauhaus von dem Gerichtsarzt Dr. Strauch obduziert. Es ergab sich als Todesursache Betäubung mit narkotischen Mitteln. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft zur Beerdigung freigegeben und wird nach New York übergeführt werden. Die beiden Verhafteten, Jelm und Martha Mariani, wurden gestern noch weiter verhört. Nach den Angaben Jelm ist Müller die treibende Kraft gewesen. Die beiden lernten Kowal, der am 2. Mai von Amerika abgefahren war, auf dem Schiffe kennen und standen seitdem in reger geschäftlicher Verbindung mit ihm.

Oscar Fleh, der Begründer der großen Warenhausunternehmen, der vor einigen Tagen nach Klostern in der Schweiz gerettet war, ist dort am 17. Januar plötzlich gestorben. Er war Inhaber und Begründer mit des größten Warenhausunternehmens, das seine Niederlassungen in Berlin, München, Hamburg, Stuttgart, Karlsruhe, Gera, Weimar und Kauen hat. Das Stammhaus wurde im Jahre 1882 in Gera als Kurz-, Weiß- und Wollwaren-Geschäft gegründet und entwickelte sich zu der heutigen weibefamten Firma.

Der südliche Arbeitsnachweis, Fachabteilung für Krankenpflege, Massage und Badewesen teilt mit, daß er ab 20. Januar d. J. in dieser Abteilung den Sonntag- und Wochenenddienst infolge fast gänzlichen Fehlens von Aufträgen einstellen wird.

Führmann-Röden. Am Dreikönig-Soal gab das lampadische Junge Anführer Hans und Hans Judermann einen Abend, in dem es von „Liebe und Freiheit“ sang und sagte. Mit freudigem Staunen darf man festhalten, daß Hans Führmann auf dem besten Wege ist, sich unsern Lesern anzuschließen. Eins hat er bereits vor manchen von ihnen, die nur zu leicht der Menge Konzessionen machen, voraus: Die unbedeutende höhere Linie seiner feinsten Gestaltung seiner Programme. Goethe, Wieland, Heine, Mitrecon, Bierbaum bis zu Kurt Schwitters. Kein Witzeln darin. Eine höchst dringliche, amüsante und dabei gemütsvolle Art ist ihm eigen, die druckhaften und druckhaften Sachen, die ihm ganz besonders liegen, herauszubringen. Nicht von schiefer und über Konkrete. Der Künstler bringt den Lumar des Dichters zum reinen Wiederklang und läßt sich frohen und bescheidenen Sachen in die Herzen. Frau Annes sang mit scharfer, tiefer und einflussreicher Stimme und entsprechender Charakteristik wieder zur Raute. Man fragt sich verwundert, warum so erfolgreiche Töne nicht ein volles Haus löhnt. Der Beifall der Anwesenden wollte nicht enden.

Ball der Karikaturisten (Ball bei Kasse) findet gungunsten der Redaktionen des Rudgedichts morgen, Sonnabend, statt. Keine Abendkasse, Ballraum: Späthausmann und Wirtschaftl. Verb. bild. Künstler, Lützowstr. 46. 11-5 Uhr.

Bund religiöser Sozialisten Deutschlands. Ortsgruppe Berlin. Folgende sozialistische Weltliche treffen am Sonntag, den 21. Januar: Platter Fehn, normittags 10 Uhr in Raabst in der Reformationskirche, Döberstr. 33; Lisa Dr. Biecholdt, nachm. 6 Uhr, in Reinhold in der Philipp-Weinath-Kirche, Kronenstr. 16, über das Thema: „Das Wesen der Religion“.

Verkehrsstörungen durch Schneestürme im Freistaat Sachsen. Durch heftige Schneestürme sind in Sachsen, besonders im Vogtland und im Erzgebirge, beträchtliche Störungen im Eisenbahnverkehr sowie im Telegraphen- wie im Telephonverkehr entstanden. Im Schnellverkehr von und nach Leipzig mußten einige Züge gänzlich ausfallen. Auf der Strecke Stollberg-Weita entgleiste infolge Verlassens der Weiche durch starke Verschneelung ein Personenzug. Reisende kamen dabei nicht zu Schaden. Ueber Zwätzen zog nachts ein kurzes aber heftiges Gewitter. In Plauen wurden durch den Schneesturm Störungen in der elektrischen Stromversorgung verursacht.

Der Personenzug Nanke-Bordeaux ist gestern abend um 8 Uhr vor dem Bahnhof Kollbeurg entgleist. Es werden Opfer gemeldet.

Weiter bis Sonnabend mittags. Artweise kräftig, jedoch abendwiegend kräftig, bei schwachen nordöstlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge; an den meisten Orten leichter Frost.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft lau. Fische ziemlich ausreichend, Geschäft rege. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

Am Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise: Rindfleisch 1900-1500 M., ohne Knochen 1500-1600 M. Schweinefleisch 2000-2700 M. Kalbfleisch 1000-1600 M. Hammelfleisch 1800 bis 1600 M. Rindertalg 2500 M. Schollfisch 350-325 M. Flandern 280 bis 450 M. Dorsch 250-330 M. Rotzungen 250-500 M. Grüns Herings 500-580 M. In Eis: Hechte 350-800 M. Schleie 800 M. Zander 800 bis 900 M. Lebersteine 1000 M. Hechte 880-280 M. Naturbutter 300 M. Margarine 1400-1750 M. Schmalzschmalz 3300 M. Eier 180 M. das Stück. Weizen 40-65 M. Weizenkehl 68-95 M. Blumenkohl 400-400 M. der Kopf. Rotkohl 90-100 M. Mohrrüben 28-36 M. Kohlrüben 35-45 M. Grünkohl 65-78 M. Kartoffeln 185-180 M. rohn Pfand.

Die preussische Verwaltungsreform.

Aussprache im Landtag.

Der Landtag trat gestern in die erste Beratung der Entwurfs der Städte- und Landgemeindeordnung, des ersten Teiles der Verwaltungsreform ein. Die Entwürfe regeln die Verfassung und Verwaltung der Einzelgemeinden, auf denen sich die weiteren Kommunalverbände des Reiches und der Provinzen aufbauen.

Minister des Innern Severing:

Preußen befindet sich in derselben traurigen Lage, wie zu der Zeit, als Freiherr vom Stein seine Verwaltungsreform schuf. Heute wie damals wurden Deutschland und dem preussischen Volke sogenannte Friedensbedingungen diktiert und ihre Erfüllung durch Sanktionen und Requisitionen aller Art zu sichern versucht, ohne Rücksicht auf die Folgen. Es gilt alle Kräfte, die guten Willens sind, zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen. Das die kommunale Verwaltungsreform vor der staatlichen in Angriff genommen wird, hat seine besonderen Gründe. Bei der letzteren bestehen noch Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten besonderer Art. So hat sich der Staatsrat für die Beibehaltung der Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten entschieden, eine Auffassung, der ich nicht beitreten kann. Ich weise auch auf die Bewegung hin, preussische Gebietsteile von Preußen zu trennen. (Hört! hört!) Die Staatsregierung hat sich mit Entschiedenheit gegen diese Bewegung gewandt und dabei die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit des Landtages gefunden. Ich hoffe, daß die Abwehr auch weiterhin von Erfolg gekrönt sein wird. Deshalb kann auch im gegenwärtigen Augenblick eine Lockerung in der preussischen Behördenorganisation nicht in Frage kommen.

Ich glaube nicht, daß eine gemeinsame Behandlung aller vier Gemeindeverfassungsgesetze, nämlich auch der Kreis- und Provinzialordnung, die Arbeiten beschleunigt hätte. Die Stadt- und Landgemeindeverordnungen bestehen bereits vier Jahre und bedürfen dringend der Erneuerung, die Provinzial- und Kreisordnungen dagegen sind erst vor zwei Jahren gewählt. — Eine Abschwächung des Gebotens des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts möchte ich nicht zugeben und erkläre deshalb gegen das Verlangen des Staatsrats, für die Wählbarkeit eine größere Karenz einzuführen. Die Bedeutung des Reformentwurfs kann richtig nur gewürdigt werden, wenn wir die Vorzüge in Vergleich stellen. Als Ziel und Umfang der kommunalen Verwaltungsreform haben Vereinfachung, Berücksichtigung der gegenwärtigen Staatsform und Umgestaltung im Sinne einer Modernisierung zu gelten.

Die Buntstufung der bestehenden Gemeindeverfassungsgesetze ist zum Teil geschichtlich begründet: in Zukunft soll es nur eine Landgemeindeordnung, eine Städte-, Kreis- und Provinzialordnung geben.

Die Staatsregierung hat sich jedoch davon ferngehalten, die Vereinfachung zur Gleichmachung zu treiben.

Die Möglichkeit wird offen gelassen, von der Bevölkerung hochgehaltene örtliche Eigentümlichkeiten aufrecht zu erhalten, und was davon nachahmenswert erscheint, ist bereits in die Verordnungen aufgenommen worden. Daß die Magistratsverfassung und die Bürgermeistereiverfassung nebeneinander bestehen sollen, ist auf den Wunsch der beteiligten Volksteile zurückzuführen. Die Auffassung, daß das Verhältnis zwischen Staat und Gemeinden ohne weiteres ein gegenüberliches ist, war schon früher nicht ganz richtig und hat heute jedes Recht verloren. Der Staat ist das Primäre, die Gemeinden sind ihm organisch angegliedert, beide haben den gleichen Zweck und die gleiche Quelle, die Pflege der Wohlfahrt des Ganzen. Im Streitfall ist zu entscheiden, was zweckmäßiger unmittelbar vom Staat oder von den Gemeinden als Staatsorgane auszuführen ist.

Schon im Hinblick auf die republikanische Staatsverfassung kann heute nicht mehr vom Staat und von den Gemeinden als geborenen Widersachern die Rede sein (andauernde Unterbrechungen und Juruse seitens der Kommunisten). Das ist der große Unterschied zwischen der Obrigkeitsoverwaltung und der modernen Staatsverwaltung. Jede unnötige Staatsaufsicht über die Gemeinden lehne ich ab, die Eingriffe des Staates in die Gemeindeverwaltung will ich auf ein Mindestmaß einschränken, aber ich muß gleichzeitig mit aller Entschiedenheit erklären, daß es für den Staat zurzeit unmöglich ist, sich der Rechte gegenüber den Gemeindeverwaltungen zu enthalten, die er für die Erhaltung des gemeinsamen Zwecks für nötig erachtet. Wir leben in einer Zeit, wo die Divergenz der Meinungen in politischer und wirtschaftlicher Beziehung aufwendend wirken und zum Kampf aller gegen alle führen müßte, wenn dem Staat nicht diejenigen Rechte vorbehalten blieben, die er braucht, um

die Erhaltung des Staatsganzen zu gewährleisten. Was die Modernisierung betrifft, so hat die industrielle Entwicklung die Gemeinden vor so große und mannigfaltige Aufgaben gestellt, daß die bisherige Staatsverwaltungsreform sich als zu ihrer Lösung ungeeignet erwiesen hat; es muß eine größere Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit gegeben sein.

Diesem Erfordernis will die Regierung durch größere Dezentralisation Rechnung tragen. Es sollen den Verwaltungsausschüssen größere Rechte eingeräumt und es sollen darüber hinaus örtliche Verwaltungsbezirke mit eigenen Verwaltungorganen eingerichtet werden. Natürlich müssen den Gemeinden auch die notwendigen Mittel gewährt werden, und ich bin durchaus der Meinung des Staatsrats, daß die Neuorganisation der Gemeindeverfassungsgesetze bis zur Bedeutungslosigkeit herabsinken würde, wenn nicht die Gemeinden finanziell gesichert sind. Die Städte- und die Landgemeindeordnung sind der erste Schritt auf dem Wege der kommunalen Verwaltungsreform. Die Vorlagen haben nicht nur in sämtlichen Ressorts eingehende Durchberatung erfahren, sondern auch die Wünsche der Vertretungen der Städte- und Landgemeinden sind berücksichtigt worden, und so wird man wohl anerkennen müssen, daß die Vorlage annehmbar ist. Das Werk des Freiherrn vom Stein von 1808 hat zur Wiedergeburt des preussischen Staates geführt; ohne unbedenklich zu sein, darf ich von der Vorlage behaupten, daß sie dazu beitragen wird, eine Gesundung der Zellen des Staates und des Staates selbst herbeizuführen, damit aus dem geknickten und unterdrückten Preußen und Deutschland ein freies deutsches Land hervorgehe. (Lebhafter Beifall; Fischen und Rufen bei den Kommunisten, der auch während des Anfangs der nächsten Rede fortdauert.)

Hg. Hirsch (Soz.):

Meine Freunde hätten es lieber gesehen, wenn zugleich mit der Kommunalverwaltungsreform auch die staatliche Verwaltungsreform in Angriff genommen werden können. Wir geben aber zu, daß die Gründe, die der Minister gegen eine gleich-

zeitige Beratung des gesamten Reformwerkes ins Feld geführt hat, nicht von der Hand zu weisen sind. Um so mehr aber halten wir es für unsere selbstverständliche Pflicht, diesen ersten Entwurf zur Schaffung von neuen Grundrissen für das innerstaatliche Leben Preußens einer sehr eingehenden Prüfung zu unterziehen. Die Regierung sagt selbst in der Begründung, daß sie auf grundsätzliche Neuerungen verzichtet.

Wir dürfen uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß heute, wo Preußen und Deutschland zusammengebrochen sind, sehr wichtige Probleme der inneren Politik ihrer Lösung harren. Es handelt sich um die Demokratisierung der Verwaltung. Aber diese Demokratisierung wird nicht allein durch eine richtige Personalpolitik erreicht. Selbstverständlich verlangen wir, daß alle Stellen im Staate, soweit sie von politischer Bedeutung sind, von überzeugten Republikanern besetzt werden. Aber ebenso wichtig ist die Umorganisation der Verwaltung überhaupt in sachlicher Beziehung. Da erwidern meine politischen Freunde das größte Hindernis zur Verwaltungsreform, besonders der Gemeindeverform. Noch immer ist das Polizeiverwaltungsgesetz von 1850 nicht aufgehoben. Nach diesem ganz reaktionären Gesetz ist alles, was im besonderen Interesse der Gemeinden und ihrer Angehörigen polizeilich angeordnet werden muß, Sache der staatlichen Bureaukratie und nicht Sache der Gemeindevertretung. Ich erlaube mir, an die Regierung die Anfrage zu richten, ob sie dem Landtag einen Entwurf auf Aufhebung dieses Gesetzes unterbreiten will. Wenn man die Begründung liest, dann scheint es, als ob die Regierung diese Absicht nicht hat. Auch in Zukunft soll nach dem Entwurf die Wahrnehmung der amtlichen Polizeigeschäfte nicht zu denselben Ausgaben gehören, die als Selbstverwaltungsaufgaben für die Gemeinden betrachtet werden. Diesen Standpunkt können meine Freunde nicht billigen. Gewiß kann die Sicherheitspolizei nicht dezentralisiert werden. Sie muß in der Hand des Staates liegen. Aber Wohlfahrts-, Bau-, Gesundheits-, Gesundheitspolizei usw. haben Aufgaben zu erfüllen, die ohne Bedenken den Gemeinden überwiesen werden können. (Zustimmung links.) Der Staatsrat hat den seiner Meinung nach vielleicht sehr weittragenden, unserer Meinung ganz selbstverständlichen Beschluß gefaßt, daß die Städte das Recht haben, ihre Stadtleute oder Straßen in Zukunft selbst zu benennen. Heute ist das bekanntlich das Recht der Polizeibehörden. Dieser Entschiedenheit des Staatsrates ist die Staatsregierung nicht beigetreten. (Hört, hört! links.)

Ebenfalls wie die Regelung des Postwesens befreit meine Freunde die Art der Regelung der Selbstverwaltung. Auch in der Frage der Selbstverwaltung ist der Regierungsentwurf weit hinter dem Dreiwöchigen Entwurf zurückgeblieben. Nach Drems soll die freie Selbstverwaltung ihre Schranken grundsätzlich nur in den bestehenden Gesetzen finden. Drei Jahre später nun erwägt man ein Gesetz, welches das Selbstverwaltungsrecht man den Gemeinden einräumt. Ich weise ferner darauf hin, daß Dresden die Städte ein Beschwerderecht gegen ungewandmäße oder willkürliche Handhabung des Aufsichtrechts einräumen wollte. In dem neuen Entwurf finden wir eine solche Bestimmung nicht. Ich frage die Regierung, ob denn ein

Mißbrauch des Aufsichtrechts der Regierung

für alle Zeiten ausgeschlossen ist. Ich kann mir denken, daß wir einmal eine andere Regierung haben, die mit dem Aufsichtrecht überall Mißbrauch treibt. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Statt aber das Selbstverwaltungsrecht zu erweitern, enthält der Entwurf eine Reihe von Bestimmungen, die von einem starken Mißtrauen gegen die Organe der Selbstverwaltung zeugen. Zu dem Mißtrauen, das in verschiedenen Bestimmungen des Regierungsentwurfes zum Ausdruck kommt, gefügt sich die Bevormundung, die in der Frage der Bestätigung zum Ausdruck gekommen ist. Der § 100 will das Bestätigungsrecht nicht beseitigen. Die Regierung sagt, daß man als Gegenmaßnahme gegen die Freiheit der Selbstverwaltung in sachlicher Beziehung das Bestätigungsrecht für die leitenden Beamten der Stadt beibehalten müsse. Die Regierung will sich nicht nur das Recht der Beanstandung gesetzlicher Beschlüsse in Anspruch nehmen, sondern auch das der Sicherung einer ordnungsgemäßen Verwaltung. Außerdem will sie noch ein Einspruchsrecht gegenüber bestimmten Gemeindebeschlüssen haben, die von besonderer weittragender Bedeutung sind. Man kann nicht sagen, daß das eine Erweiterung des Selbstverwaltungsrechts in sachlicher Beziehung bedeutet. Meine Freunde sind sichtlich aus grundsätzlichen Bedenken gegen die Bestätigung der Mitglieder für die Magistratsräte. Wir haben seit Jahrzehnten den Kampf geführt gegen das Bestätigungsrecht, das stets nur politisch mißbraucht worden ist. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Der § 100 bietet keine Garantie gegen den Mißbrauch des Bestätigungsrechtes. Es heißt lediglich, wegen der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei dürfe die Bestätigung nicht verweigert werden. Aber wegen der Bestätigung für eine politische Partei kann die Bestätigung verweigert werden!

Meine Freunde müssen darauf bestehen, daß das Bestätigungsrecht beseitigt wird.

Würde die neue Vorlage Gesetz, dann müßte sie für die Stadt Frankfurt a. M. und für Schönmig-Hofflein eine Verschlechterung Frankfurt a. M. und für Schönmig-Hofflein eine Verschlechterung (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.) Meine politischen Freunde sind der Meinung, daß, wenn wir das freie Wahlrecht haben, dann auch das Bestätigungsrecht beseitigt werden muß.

Meine politischen Freunde sind weiter der Ansicht, daß den Gemeinden die Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen. Wir wenden uns aber dagegen, daß, wie das in einer Entschließung des Verbandes der preussischen Landkreise gefordert wird, den Gemeinden wieder ein Zuschlagsrecht zur Reichseinkommensteuer eingeräumt werden soll. Wir können heute nicht noch einmal die Finanzreform umwälzen. Wir müssen sehen, wie wir die Finanzen der Gemeinden aufbessern können. Notwendig hierfür ist auch die Beobachtung größerer Sparsamkeit im Reich, in den Ländern und bei den Gemeinden. Unsere Verwaltung ist zu kompliziert und deshalb zu kostspielig.

Die Frage der Verfassung

ist in dem Entwurf, richtig betrachtet, nicht geregelt, denn die Gemeindeverfassung löst die Frage ganz einfach dadurch, daß grundsätzlich beide Systeme, das System der Bürgermeisterei — und das System der Magistratsverfassung nebeneinander beibehalten werden. Das Recht, das den Mitgliedern des Reichstages und des Landtages zusteht, fordern wir auch für die Vertreter der Gemeinden. Heute ist es so, daß dort, wo wir die Magistratsverfassung haben, der Magistrat in der Lage ist, jedem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung — also nicht nur einem Beschluß, der den Gesetzen

widerspricht — seine Zustimmung zu verweigern. Das paßt nicht mehr in unsere Zeit. Auch wird dadurch das Verantwortlichkeitsgefühl der Stadtverordneten geschwächt.

Der Entwurf sieht schließlich die Einrichtung besonderer Verwaltungsbezirke vor. Die Notwendigkeit hierfür scheint mir und meinen Freunden nicht erwiesen zu sein. Wir bedauern, daß der Stadtverordnetenversammlung auch nicht das geringste Mitwirkungsrecht bei der Ernennung der Beamten eingeräumt werden soll. Soweit die Frage der Beamten in Betracht kommt, verlangt der Entwurf, daß die Organisationen der Beamten gehört werden sollen, bevor die Besetzungsordnung aufgestellt wird. Aber in dem Entwurf findet sich nichts darüber, daß die Besetzungsbedingungen der Angestellten und Arbeiter geregelt werden sollen. Wir werden einen Antrag einbringen, der den Forderungen der Angestellten und Arbeiter gerecht wird. — Nicht einverstanden sind wir ferner damit, daß das Staatsministerium das Recht der Auflösung von Stadtverordnetenversammlungen für sich in Anspruch nimmt. Wir vermüssen ferner eine Bestimmung über

Vollsbegehren und Volksabstimmung

im Entwurf der Städteordnung, und das gleiche gilt für den Entwurf der Landgemeindeordnung. Die Furcht, es könnten zuviel Abstimmungen erfolgen, ist unbegründet. Wie oft haben wir in den letzten drei Jahren Volksabstimmungen gehabt, wie oft ist das Vollsbegehren verlangt worden? Ein einziges Mal und noch dazu nicht von der Sozialdemokratie, sondern von Seiten der Rechten. Ueber die Landgemeindeordnung will ich nicht reden, sondern nur kurz bemerken, daß es unmöglich ist, die Keimen leistungsfähigen Zwerggemeinden noch weiter zu erhalten. Wir erkennen dankbar an, daß die Regierung grundsätzlich die Gutsbezirke beseitigen will. Wenn die Aufhebung der Gutsbezirke nur auf Beschluß des Reichstages erfolgen soll, dann werden sie nie aufgehoben werden. (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.)

Pflicht nicht nur der Sozialdemokratie, sondern aller, die an der Aufrechterhaltung der Republik interessiert sind, ist es, mit den Rechten der Reaktionszeit aufzuräumen. Gelegenheit dazu bietet die Reform der Verwaltungen, zunächst die Reform der Gemeindeverwaltung, der die Reform der übrigen Verwaltungsgesetze folgen muß. Unser Ziel wird es sein, das Fundament, das jetzt gelegt werden soll, so fest zu verankern, daß das Gebäude, wenn auch einmal vorübergehend ein Wandel in der Person eintreten sollte, nicht erschüttert wird. Die freie Gemeinde im freien Staat! Mit dieser Lösung wollen wir an die Arbeit gehen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Sprenger (S.), Meier-Regenburg (Dnat.) und Meier-Balkau (Deutsch-Hannover) vertagt sich das Haus auf Freitag 11 Uhr: Weiterberatung. — Schluß gegen 6 Uhr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Mittwoch, den 24. Januar, abends 6 Uhr, findet im Deutschen Hof, Ludowik-Str. 15, eine allgemeine Funktionärerversammlung statt, in der Genosse Heinrich Köpfer das Hochreparationsproblem und den Bewaloff auf das Ruhrgebiet behandeln wird. Die außerordentliche Wichtigkeit dieses Themas macht es allen Funktionären zur Pflicht, an der Versammlung teilzunehmen.

Abendgesellschaft der Arbeitervereine. Groß-Berlin. Die Gesellschaften des 2. Bezirks, findet von jetzt ab nur noch Mittwochs nachmittags von 4 bis 6 Uhr statt.

7. Kreis. Charlottenburg. Dreiwöchiger für Arbeitervereine und Arbeitervereine. Beir. Freitag, den 29. Januar, 8 Uhr, findet im Rathaus, Sitzungszimmer 2, eine Sitzung statt in der die Wohlfahrtsfrage tätigen Genossinnen und Genossen sein.

Heute, Freitag, den 25. Januar:

65. Abt. Mariendorf. 7 1/2 Uhr Funktionärerversammlung Zimmer 25 des Rathauses. Die Sitzung wird pünktlich eröffnet.

Jugendabteilung. Gruppe Schöneberg-Friedenau. Eine eigene Veranstaltung findet nicht statt, da sich die Gruppe an der Ortsamtsverwaltung beteiligt.

Morgen, Sonnabend, den 26. Januar:

66. Abt. 7 Uhr Juristische Sprechstunde, Lindenstr. 2, wichtige Besprechung des Vorhandes und familiärer Funktionen.

67. Abt. 7 Uhr Abteilungsverhandlung bei Gröber, Alsenfelder Str. 20.

68. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr wichtige Funktionärerversammlung bei Hg. Kallert, Kappeler-Str. 17.

69. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Funktionärerversammlung bei Hg. Kallert, Kappeler-Str. 17.

70. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Funktionärerversammlung bei Hg. Kallert, Kappeler-Str. 17.

71. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Funktionärerversammlung bei Hg. Kallert, Kappeler-Str. 17.

72. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Funktionärerversammlung bei Hg. Kallert, Kappeler-Str. 17.

73. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Funktionärerversammlung bei Hg. Kallert, Kappeler-Str. 17.

74. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Funktionärerversammlung bei Hg. Kallert, Kappeler-Str. 17.

75. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Funktionärerversammlung bei Hg. Kallert, Kappeler-Str. 17.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Achtung, Abteilungsverhandlung! Sonntagsmorgen heute abend von 8 bis 7 Uhr ebehalten werden.

Blumenburg. Jugendheim Gemeindebezirk Friedrichs. Sonntag: „Zweck und Ziel der Sozialistischen Arbeiterjugend“. — Charlottenburg. Jugendheim Kolonnenstr. 4. Sonntag: „Die Arbeiterjugend“. — Prenzlauer Berg. Jugendheim Gemeindebezirk Friedrichs-Str. 10. Sonntag: „Friedrich Engels“. — Kreuzberg II. Jugendheim Poppenstr. 10. Sonntagabend: „Karl Marx“. Jugendheim Christenburger Str. 14. Sonntag: „Gourier“. — Köpenick. Jugendheim Gemeindebezirk Schöneberg. 7. Sonntag: „Kritik der Religionen“. — Westend. Jugendheim Gemeindebezirk Schöneberg. 13. Sonntag: „Die Arbeiterjugend“. — Unter den Eichen. Jugendheim in der Schule Steglitz. Sonntag: „Arbeiterjugend und soziale Frage“. — Köpenick. Jugendheim in der Bodenstraße. Sonntagabend: „Die politische Lage“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Deutscher Arbeiterbund. G. F. D. P. Bezirksverein Berlin. Freitag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, Vortrag Dr. Johannes Bernauer von in der Aula des Ermer-Seminar-Gymnasiums über das Thema: „Die Religion der Menschheit und ihr Ziel“ mit Lichtbildern. Freie Vorrede.

Internationaler Kulturverein Berlin-Brandenburg. Sonntag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, Vorlesung des Aufsatzes: „Das Priesteramt und die bäuerliche Kultur“. Schule Groppe, 10.

Sozialistische Sozialistische Partei. Sonntag, den 26. Januar, im Café „Zum Wintergarten“, Prenzlauer Str. 13 (Wohnhof Charlottenburg), große Kundgebung über: „Die gegenwärtige Lage im Sozialismus und die jüdische Arbeiterfrage“. Vortrag Dr. W. W. W. (Mitglied des Aktionskomitees). Anfang 8 1/2 Uhr pünktlich. Eintritt frei.

Land einmündiger Arbeiterjugend. Führung durchs Institut für Sozialwissenschaft. In den Rellen, am Sonntag, den 26. Januar, 8 Uhr. — Führung durchs Orphe Institut, Friedrichstr. 139. Montag, den 27. Januar, 4 Uhr, Dr. W. W. W. Vortrag: werden sich kritisch an bei „Wolf 206, Vogelberger Str. 26.“

Arbeiter-Vereinigung, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gemeindefesthaus, Engelstr. Generalversammlung. Referat: „Bericht über die Arbeit der Ortsgruppe“. Referat: „Wahlprüfung“. Sonntag, den 26. Januar, 7 1/2 Uhr, im Heim, Steinstr. 55. Referat: „Was will der Arbeiter-Abgeordnete-Bund?“. Wichtige Organisationsangelegenheiten.

Unterstützung am Sonntag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im Gymnasium zum Grauen Hofe. Vortrag von Edmundo Spricht über: „Schöneberg. Einwirkungen der Gegenwart auf unsere Jugend“. Danach freie Aussprache. Gäste willkommen.

Leciferrin
flüssig und in Tabletten
Nervenstärkend-blutbildend

Nervösen, Erschöpften
bringt das nervenstärkende, blutbildende Leciferrin wieder Kraft und Lebensfrische. Schon eine vier- bis sechswöchentliche Kur zeitigt nach ärztlichen Feststellungen sichtbare Erfolge. Leciferrin ist, an den heutigen Preisen der Lebensmittel gemessen, billig und eignet sich daher auch als tägliches Kräftigungsmittel, ebenso zur Unterstützung der Kinder- und Wüchserinnen-Ernährung.

Calceus Chemische Industrie Frankfurt am Main

